Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 135 24. JULI 1976

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die halfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tubingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen. bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

INLAND

HAUSMITTEILUNG

Eine erfreuliche Meldung für alle die ID-Abonnenten, die schon fix und fertig waren, weil im August kein ID erscheinen sollte und eine schröckliche für die, die sowieso nicht soviel lesen können.

Die Nachricht „Der ID macht im August Sommerpause" aus ID Nr. 133 ist, wie wir heute aus gut unterrichteten ID-Kreisen erfahren haben, nicht stimmig. Diese Meldung stimmt nur insofern, als daß die Mitarbeiter des ID dies wollen und auch bitter nötig haben.

Für die Postvertriebsordnung gibt es diesen Fall nicht! Dort steht erst mal unumstößlich geschrieben, daß ein wöchentlich erscheinender Pressedienst (Zeitung,Magazin) das ganze Jahr hindurch wöchentlich erscheinen muß.

Das heißt, im Zeitraum der ursprünglich geplanten Sommerpause wird der ID zweiwöchentlich als Doppelnummer erscheinen. Nämlich: die Nummern 136/137 am 7.8.1976
und die Nummern 138/139 am 21.8. 76
und die Nummern 140/141 am 4.9. 76.

Diese Nummer entspricht schon der ersten von uns geplanten Nummer nach der Sommerpause. Diese Doppelnummern werden wie die Einfachnummern verrechnet.

Nachdem wir alle, mehr oder wenige, unseren Urlaub für diese Pause geplant hatten, werden diese Nummern nicht so ID-aktuell sein können, wie es sonst der Fall ist, da nur zwei oder drei Leute für die Arbeit zur Verfügung stehen, die sonst von 10 - 15 Leuten gemacht wird. Seid's net gram drüber,gell?

Noch was: Der ID hat nicht nur papierne Seiten sondern auch eine finanzielle und die sei hier noch mal angesprochen. (Buh-Rufe, Füßescharren, „nicht schon wieder"; die Ersten verlassen den Raum) Doch leider: denn wir stehen, da wir uns neue Produktionsmittel zugelegt haben (3500 ID's mit der Hand zusammenlegen bis vor kurzem, war, gegenüber der Technik der bürgerlichen Multimediakonzerne wahrsteinzeit),

kurz davor, einen Kredit aufnehmen zu müssen.

Die Rechnung, daß der ID jetzt als Postvertriebsstück — und damit billiger verschickt wird — stimmt zwar, aber der heute benötigte Betrag (ca.40 000) für die Maschinen addiert sich erst nach langer Zeit durch die neue Versandart zusammen.

Also ihr alle, guckt noch mal auf dem letzten Adressenetikett nach, bis zu welcher Nummer ihr bezahlt habt und zahlt dann auch im voraus. (Beifall, verständnisvolles Nicken, Geldbörsen werden gezückt, der schwarze Schlapphut geht rum; und die, die vorhin den Raum verlassen haben, tauchten wieder auf und haben sogar eine ID, Tschuldigung, eine Idee mitgebracht): „Spenden, das ist doch eine Sache, die helfen doch sicher auch, gerade jetzt!!!" Glücklich stimmen wir zu.

Also denn: Spendet mal wieder, auch wenns nicht von der Steuer abzusetzen ist. (Dem Verein ID ist die Gemeinnützigkeit nicht zuerkannt worden). Aber es gibt ein gutes Gefühl in der Magengegend und ihr braucht eine Weile keinem alten Menschen mehr über die Straße zu helfen, von wegen guter Tat und so, okay!! Aber bitte auf dem Einzahlschein „Spende" vermerken.

Danke, schönen August und heißen Herbst
Tschüs ID-Kollektiv

WIEDER VERLOR DER „SCHWABENVERLAG"

ELLWANGEN/AALEN (ID) 21. Juli

Das Arbeitsgericht Aalen hat der fristlosen Kündigung, die der „Schwabenverlag" gegen das Betriebsratsmitglied Peter Berger ausgesprochen hat, nicht zugestimmt. Peter Berger sollte rausgeschmissen werden, da er zusammen mit anderen Druckern und Setzern während des Druckerstreiks die Auslieferung von Notzeitungen in Ellwangen teilweise verhindert hat. Anfang des Monats war die Kündigung des Gesamtbetriebsrates Eckart Berger von derselben Kammer verworfen worden (siehe ID 133).

AUSBAU DES KKW — DIE BEVÖLKERUNG IST HELLHÖRIG GEWORDEN

PHILIPPSBURG (ID) 21.Juli

„Es steht Ihnen doch frei, den Wohnplatz zu wechseln", meinte ein Herr Baranowsky von der Mannheimer Babcock-Brown-Boveri Reaktor GmbH (Werbeslogan: ‚Kernkraftwerken gehört die Zukunft") auf dem letzten Kernenergie-Seminar vor den Wahlen am 17.7. in Ludwigshafen. Dies war die zynische Antwort auf die drängenden Fragen von Seiten der Umweltschützer etwa nach der fehlenden Berstsicherung für den geplanten Block II des KKW Philippsburg (1280 MW).

In der von der Kraftwerksunion vorgelegten Anlagen- und Standortbeschreibung für diesen Block wurde in dem Satz: „In der Umgebung des KKW Philippsburg gibt es keine größeren Städte" das Wort ‚Städte' durch ‚Ortschaften' überklebt. Was also für BASF-Ludwigshafen vorgesehen ist (zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zur Berstsicherung für das dort geplante, allerdings umstrittene KKW) ist im Philippsburger Raum, wo mehr als 100 000 Menschen wohnen, anscheinend entbehrlich.
Die hiesige Bevölkerung ist hellhörig geworden!

- Es wird bezeifelt, daß im Katastrophenfall eine ausreichende Notfallschutzplanung durchgeführt werden kann.
- Bisher ist nicht untersucht worden, zu welchen Schäden die Entnahme von 1 Million m^3 Grundwasser durch das KKW z.B. in einer niederschlagsarmen Zeit führen würde.
- Durch den Betrieb der geplanten Kühltürme ist mit erheblichen negativen Auswirkungen auf landwirtschaftliche Kulturen zu rechnen.
- Angesichts der Abgabe von erwärmtem Kühlwasser in den Rhein ist es zunächst notwendig, einen ökologischen Lastplan für den Rhein zu erstellen.
- Weiter ist damit zu rechnen, daß durch den Auswurf von verschmutzten Rheinwasser durch die Kühltürme eine ernste Bedrohung der menschlichen Gesundheit hervorgerufen wird.
- Zur Strahlenbelastung: durch den Betrieb eines zweiten KKW in Philippsburg würden die Grenzwerte für die zulässige Ganzkörperbelastung und die Belastung der Schilddrüse überschritten werden.

Inzwischen haben 12 Bürgerinitiativen von Karlsruhe bis Worms damit begonnen, eine Unterschriftenaktion für einen Sammeleinspruch gegen die geplante Erweiterung des KKW Philippsburg zu organisieren. Gleichzeitig wenden sie sich gegen die Termine der Offenlegungs- und Einspruchsfrist: sie wurden nämlich exakt in die Sommerferien gelegt, nämlich vom 1.7. — 31.8.
In einem Brief an die Landesregierung fordern sie, diese Frist bis zum 15.10. zu verlängern, damit jeder Bürger die Möglichkeit

erhält, die mehr als 1000 Seiten umfassenden Antragsunterlagen einzusehen und gegebenenfalls sich dem Einspruch anzuschliessen.

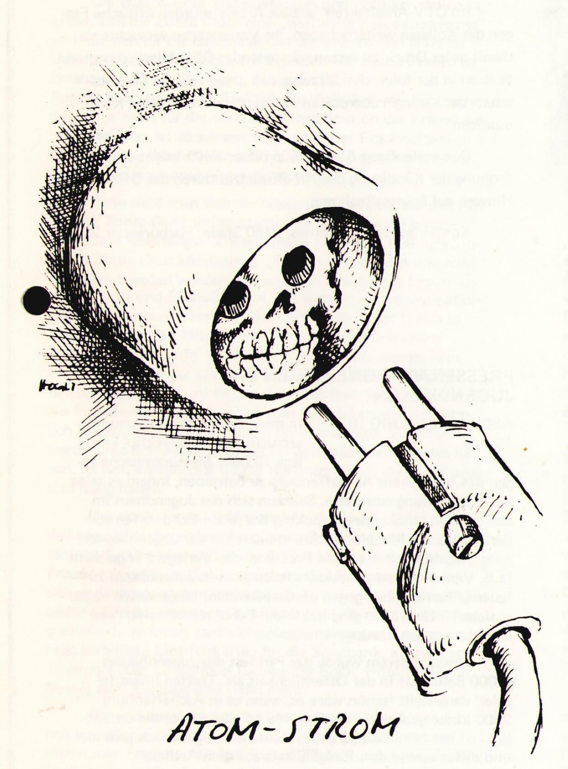
Außer Info-Ständen werden Anfang August einige Informationsveranstaltungen durchgeführt, an denen auch das Heidelberger KKW-NEIN–KABARETT (siehe ID Nr. 133: Moritat vom Atomkraft-Haifisch) mitwirken wird.

Kontaktadresse: Bürgeraktion Umweltschutz
6833 Waghäusel 1, Ostendstraße 2

KKW–BLOCK A UND BLOCK B ABGESTOPPT – SCHÄDEN IM SPEISEWASSERSYSTEM

BIBLIS (ID) 22.Juli Am Mittwoch, 14.Juli wurde in Biblis der Block A abgestoppt, nachdem im Speisewassersystem Haarrisse (feine Risse) festgestellt wurden. Wie einigen kleinen Meldungen der Lokalpresse zu entnehmen war, traten die Schäden im Sekundärkreislauf auf,der wahrscheinlich nicht radioaktiv ist.

Was allerdings nicht mitgeteilt wurde, ist, daß nach einer Überprüfung des Block B, der erst seit kurzer Zeit läuft, dieser aufgrund der gleichen Mängel ebenfalls abgestoppt wurde. Reparaturen wurden jedoch nicht nur am Sekundärkreislauf,sondern auch an der Hauptkühlwasserpumpe des Primärkreislaufs, der hochradioaktiv ist, ausgeführt.



JUBEL–KKW–MITARBEITER BEI WYHL–INFORMATIONSVERANSTALTUNG

NÜRNBERG (ID) 21.Juli Im Rahmen einer neuen Strategie gegen den Widerstand der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke werden in letzter Zeit immer häufiger Mitarbeiter der Kraftwerksgesellschaften zu Anti-KKW-Veranstaltungen gekarrt, um die Veranstaltungen zu torpedieren. Hier ein Bericht aus Nürnberg:

„Am 15.7. wurde im Nürnberger Komm (Jugendzentrum) von einem Ökologie Arbeitskreis ein Film über die Ereignisse in Wyhl gezeigt. Da die Veranstaltung nur an wenigen Stellen, an die eigentlich nur Studenten und Linke kommen, angekündigt wurde, war es um so verwunderlicher, daß bei dem Film und der anschliessenden Diskussion 25 - 30 Mitarbeiter der Kraftwerksunion, die an der Forschung für Atomenergie arbeiten, anwesend waren.

In der Diskussion bezeichneten sie das Vorgehen der Platzbesetzer als Angriff und Zerstörung der Demokratie und unterstellten der überwiegenden Mehrheit dieser Leute Unwissenheit in Bezug auf die Energiefrage.

Die 25-Mann starke Anwesenheit und das Verhalten bei der Veranstaltung machen die Angst dieser Leute vor uns deutlich. (Gesamtbesucherzahl etwa 150)."

KOMMT DIE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE NACH LICHTENHORST?

LICHTNHORST (ID) 22.Juli Vermessungsleute erscheinen in der Gemarkung Lichtenhorst im Lichten Moor bei Nienburg, um das Gelände zu vermessen, von dem angenommen wird, daß es einer der 3 möglichen Standorte für die Wiederaufbereitungsanlage ist.
Aber: Mit dem Vermessen ist es nicht so einfach. Bereits in der Nacht zuvor haben sich so um die 15 - 20 Leute versammelt, Zelte aufgestellt in der Nachbarschaft und hindern nun die Vermessungsbeamten an ihrer Arbeit. Das geht so weit, daß selbst der Stellvertreter des Oberkreisdirektors letztlich wieder unverrichteter Dinge abziehen muß, der eigentlich gemeint hatte,diese Leuten dürften sich in dem Staatsforst gar nicht aufhalten.
Verhandlungen mit diesem Stellvertreter, mit der Polizei, führten nur dazu, daß die Vermessungsleute unverrichteter Dinge gehen mußten. Für den Montag war dann der endgültige Beginn der Arbeiten angekündigt. Am Wochenende versammelten sich zwischen 100 und 200 Leute dort, zur Zeit dürften es etwa 15 sein, die ständig, auch über Nacht, dort sind.
Sie wollen alle legalen Mittel ausschöpfen, um die Vermessungsarbeiten zu verhindern.

Neben den häufigen Besuchen von Kripo und Bereitschaftspolizei, die sich auf Sichtkontakt und Notieren von Autokennzeichen beschränkt, taucht am 20.Juli ein Herr Randel, Mitarbeiter der KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsanlage) der Betreiberin auf. Während des Gesprächs mit den auf dem Platz Anwesenden versteigt er sich gar zu der Behauptung, Plutonium sei nicht gefährlich. Er wird aufgefordert, doch mal einen Happen radioaktive Substanz zu sich zu nehmen; daraufhin verläßt er eilig den Platz.

Die Lichtnhorster Leute sind erstaunt, daß hier überhaupt vermessen werden soll, da die Nienburger Zeitung erst vor wenigen Tagen schrieb, die Wiederaufbereitungsanlage komme wahrscheinlich nach Lutterloh-Unterlüß bei Celle, die Leute dort seien ganz versessen darauf. Allerdings wurde diese Nachricht von der KEWA dementiert. Allerdings laufen dort die Vermessungsarbeiten bereits seit einigen Wochen.

Für Sonntag, 25.7.76 ist zwischen 10.00 und 12.00 eine Informationsveranstaltung mit einer Diaserie der Hamburger Bürgerinitiativen „Von Bauern für Bauern" geplant,in Lichtenhorst in einer Scheune. Freunde, mit dieser Wiederaufbereitungsanlage fällt und steht unter Umständen das ganze BRD-Atom-

energieprogramm!

Kontaktperson: Heino Brinkmann, Am Koppelberg 115, 3071 Steimbke, Tel.05026-8492 (Lichtenhorst).

AKTION GEGEN BERUFSVERBOTE

SIEGEN (ID) 15. Juli — Am 10. und 11. Juli organisierten in Siegen die Evangelische Studentengemeinde (ESG), die „Initiative gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote" und das Buchladenkollektiv„Bücherkiste" eine gemeinsame Kampagne zum „heißen Eisen" Berufsverbote und darüber hinaus zur politischen Unterdrückung allgemein.

Ein Wort zu den Veranstaltern: schon seit Jahren versteht es die ESG, Siegener Studenten und andere Bevölkerungsschichten für ein alternatives kulturelles Angebot zu interessieren (z.B. Filmclub). Regelmäßig veranstaltete Diskussionsabende dienen der über die tägliche Nachrichtenerstattung hinausgehenden,vertiefenden Information über Mißstände auf internationaler politischer Ebene. Die Initiative gegen die Verfassungswidrigen Berufsverbote wurde im Dezember 1975 von ca. 250 Bürgern gegründet. Sie versucht mit Informationsveranstaltungen, Broschüren wie auch einer Demonstration (Januar 1976) die Siegener Bevölkerung zu einer kritischen Stellungnahme zur täglichen Berufsverbotspraxis in der BRD zu bewegen. Der Buchladen „Bücherkiste" ist eine von Studenten gegründete Initiative, die ihr Buchangebot nicht an jeweils gehenden Kassenschlagern orientiert, sondern sich zum Ziel setzt, der Bevölkerung eine Literatur, die sich in ihren verschiedenen Formen kritisch mit gesellschaftlichen Zuständen auseinandersetzt, vorzustellen.

An Informationsständen, mittels Flugblättern, Broschüren und Plakaten wurde am Samstag über Themen wie Berufsverbote, § 218, „Innere Sicherheit" und den Fall „Staeck" in der Innenstadt mit der Bevölkerung diskutiert und auf die Staeck-Ausstellung am Sonntag in den Räumen der ESG hingewiesen. Ein unerwartet breites Interesse bestätigte die Notwendigkeit der Aktion, die aufdeckte, daß die Siegener Bevölkerung nur mangelhaft über die politischen Themen informiert war.

Die Eröffnung der Ausstellung politischer Plakate Klaus Staecks und anderer erfolgte am Sonntag durch Prof.Wolfgang Popp (GHS Siegen), Mitglieder der„Initiative gegen verfassungswidrige Berufsverbote." Er konnte über den Hinweis auf die weit mehr als 100 ausgestellten Plakate hinaus auf weiteres Informationsmaterial über die erwähnten politischen Themen aufmerksam machen. Ein Dia-Vortrag des Literaturwissenschaftlers Karl Riha (GHS Siegen) gab den Teilnehmern der Eröffnungsveranstaltung die Einsicht in die geschichtlichen und aktuellen Wirkungsabsichten politischer Plakatkunst. Die Porduktionen Staecks standen dabei im Vordergrund, aber auch Beispiele anderer Künstler aus früheren geschichtlichen Epochen wurden vorgeführt und einer kritischen Analyse unterzogen.

Die Ausstellungsräume der ESG mußten einem wahren Besucheransturm standhalten. Der ursprüngliche Versuch, Räume der Siegerlandhalle anzumieten, hätte die Platzfrage sicherlich besser gelöst. Doch mit Erstaunen und Befremden mußten sich die Veranstalter eine Absage erteilen lassen. Grund: Das Thema birge „vor den Wahlen zuviel politische Brisanz". Schon um 16 Uhr wurde der 500.Besucher begrüßt und alle, Veranstalter, Besucher, zum größten Teil auch rege Diskutanten, waren der einhelligen Meinung, daß sich die Aktion als voller Erfolg, der zum „weitermachen" anspornt, herausstellte. Das große Interesse, und die Masse der Besucher konnte die Veranstalter dazu bewegen, die ursprünglich auf Sonntag, 19.00 Uhr begrenzte Ausstellung bis auf Dienstag, den 13.Juli zu verlängern.

Übrigens: Von ausschreitenden Zwischenfällen a la Bonn blieb die Veranstaltung verschont!

GEPLANTES BERUFSVERBOT FÜR KINDERGÄRTNERIN?

STADE (ID) 22.Juli Kindergart — Seit Anfang des Jahres wird eine Kindergärtnerin des Stader DRK (Deutsches Rotes Kreuz)-Kindergartens von staatlichen Behörden,Kirche, Schule und ÖTV-Führung in einer Weise an der Arbeit gehindert, daß der Verdacht der Absprache zwischen diesen Stellen nicht weit hervorgeholt ist.

Die Kindergärtnerin hatte als Presseverantwortliche ein Flugblatt gegen den § 218 unterzeichnet. In diesem Flugblatt war sowohl auf die Mißhandlung von Kindern in katholischen Kinderheimen hingewiesen worden (nach Untersuchung des Frankfurter Schriftstellers Jürgen Roth „Heimkinder") als auch auf Zwangsabtreibung in einem katholischen Mädchenheim.

Daraufhin brachte ihr die politische Polizei einen Strafbefehl in den Kindergarten, während der Arbeitszeit! Das Gericht hatte sie in Abwesenheit zur Zahlung von 628 DM, ersatzweise 20 Tage Haft verurteilt. (Begründung: Unbewiesene Verallgemeinerung der Zwangsabtreibung auf andere katholische Anstalten.) Gegen dieses Urteil legte sie Widerspruch ein, das Verfahren läuft zur Zeit noch.

Doch damit nicht genug. Als nächstes erhielt sie in der Schule im Fach Pädagogik eine schlechtere Note mit Hinweis auf ihre „Standpunkte". Erst nach massivem Protest der Klasse und mit Hinweis auf den Beschwerdegang wurde die Zensur um einen Punkt angehoben.

Im ÖTV-Arbeitskreis 'soziale Arbeit' wurden kritische Fragen der Kollegin weitergetragen, ihr Vorgesetzter versuchte sie damit unter Druck zu setzen; ein leitendes ÖTV-Mitglied bemerkte dann in der folgenden Sitzung, daß „man mal die Mitgliedschaft der Kollegin überprüfen müßte, denn sie ist wohl Kommunistin".

Den vorläufigen Abschluß in dieser Kette bildet die Androhung der Kündigung des Arbeitsplatzes durch das DRK mit Hinweis auf Sparmaßnahmen.

Kontaktadresse: E.Cordes, 2160 Stade, Harburgerstr.23

PRESSEKAMPAGNE GEGEN DAS JUGENDHAUS

ASCHAFFENBURG (ID) 14.Juli — In mehreren Veröffentlichungen versuchte das ‚Main-Echo' (Auflage 70.000) Meinungsmache gegen das Jugendhaus Aschaffenburg zu betreiben, indem es seine Monopolstellung ausnutzte. Seitdem sich das Jugendhaus im Mai mit den streikenden Druckern des ‚Main-Echo' offen solidarisiert hatte (Flugblattaktion etc.) und in der Jugendhauszeitung „Gnubbelsche" auf die Praktiken des Verlegers Engelhardt (z.B. Versuch einen gewerkschaftlich aktiven Journalisten zu feuern, Repressionen gegen die Streikenden) hingewiesen hatte, – siehe ID Nr. 131 – ging das 'Main-Echo' mit massiver Verleumdung gegen das Jugendhaus vor.

Unter anderem wurde das Parkfest das Jugendhauses (2000 Besucher) in der Öffentlichkeit als ‚Treffen linker Insider' dargestellt (schön wäre es, wenn es in Aschaffenburg 2000 Linke geben würde). Das ‚Main-Echo' führte die Öffentlichkeit bewußt in die Irre und stellte das Jugendhaus primitiv und diffamierend dar. Einige Zitate aus dem Artikel: „Jugendhaus nutzte Hippie-Romantik als Ideologie-Vehikel",

„Politische Agitation mit Rock und Folk garniert", „Ein sich dahinschleppender Treff von Insidern", etc. Leserbriefe (laut ‚Main-Echo' zwölf), die aufgrund des Artikels geschrieben wurden, wurden nicht veröffentlicht. Vielmehr folgte ein weiterer verleumdender Kommentar. Darin wurden aus dem Zusammenhang gerissene Sätze aus Leserbriefen zusammengefasst und nicht einmal zitiert.

Das Jugendhaus versuchte aber trotzdem, sich gegen die Methoden der Presse durchzusetzen und wird weitere Aktionen einleiten (Gegendarstellung, Flugblätter, Brief an den deutschen Presserat, Einschalten eines Rechtsanwalts). Wichtig ist diese Angelegenheit vor allem deshalb, weil die CSU aufgrund des Artikels erneut versucht, das Jugendhaus fertig zu machen (CSU-Stadtrat: Keine müde Mark mehr für das Jugendhaus"). Es muß mit einer neuen Kampagne der CSU diesmal mit Unterstützung des ‚Main-Echos' gerechnet werden.

AKTION DES FRAUENZENTRUMS: "FÜR ZONTA IST EMANZIPATION KEIN PROBLEM"

WIESBADEN (ID) 17.Juli

In Wiesbaden trafen sich vom 27.Juni bis 1.Juli 2000 Delegierte der Zonta-Frauen-Clubs aus 47 Ländern zu ihrem 43.Zonta-Weltkongress. Das Motto ihres Kongresses lautet: „Macht für die Frauen — Fortschritt für die Menschheit"! Was hat man sich unter dieser 1919 in den USA gegründeten Frauenorganisation vorzustellen und wie soll ihre „Macht für die Frauen — Fortschritt für die Menschheit" aussehen?

Die Wiesbadener Tageszeitungen und Politiker stellen es so dar, daß die Zonta Clubs eine „weltweite Frauenbewegung" sind, die sich für die Gleichstellung der Frauen und Hilfe für Unterprivilegierte einsetzt. OB Schmitt: Für Zonta-Frauen ist Emanzipation kein Problem. Sie leben sie."
Aus der anerkennenden Reaktion der Politiker und der Presse, die sich ja nicht für die wirkliche Emanzipation der Frauen einsetzen würden, ist abzulesen, daß von dieser Frauenorganisation die herrschenden Normen nicht infrage gestellt, sondern die Ideologie nur noch unterstützt wird.

Denn sieht man sich die tatsächliche Arbeit und den Aufbau der Zonta-Clubs an, so erscheinen diese ‚emanzipatorischen' und wohltätigen Zielsetzungen zweifelhaft. Mitglied in einem Zonta Club können nur „Frauen in leitenden und selbständigen Berufen"werden, da angeblich allein diese Frauen genug Freizeit und Einfluß haben, um sich für die Emanzipation anderer Frauen einzusetzen. Das sieht dann in der Praxis so aus, daß unter den Mitgliedern und Kongreßteilnehmern hauptsächlich ‚Berufe' wie Unternehmerin, Börsenmaklerin, Führungskraft in der Wirtschaft, Königin, Luft- und Raumfahrtspezialistin u.ä. zu finden sind. Die Beiträge von Zonta zur zur Frauenemanzipation sehen zum Beispiel so aus, daß jährlich Stipendien an Studentinnen der Raumfahrt vergeben werden, die sich auf diesem Gebiet besonders hervorgetan haben. Es werden also mal wieder die unterstützt, die es am wenigsten nötig haben.

Uns erscheint es als Unverschämtheit und blanker Hohn, daß angesichts der vielen alltäglichen Probleme, die die Mehrzahl der Frauen hier und in der 3.Welt haben, einige wenige Frauen mit sehr viel Geld versuchen, die ‚Emanzipation' für sich und wenige andere in Anspruch zu nehmen. Die Stadt Wiesbaden gab sich ‚emanzipationsfreundlich', indem sie den Kongreßteilnehmerinnen zahlreiche Vergünstigungen zukommen ließ: verbilligte Eintrittskarten für die Spielbank, kostenloser Transport vom Luxushotel (Schwarzer Bock, Hilton-Hotel in Mainz) zum Kurhaus und vieles mehr.

Wir sind der Ansicht, daß Emanzipation die Angelegenheit von allen Frauen ist. Sie muß an Alltagsproblemen ansetzen, wie Frauenarbeitslosigkeit, Mißhandlungen von Frauen, Isolierung von Hausfrauen, Schwangerschafts- und Erziehungsprobleme, Schwierigkeiten alleinstehender Mütter, niedrige Bezahlung undvieles mehr.

Frauen des Wiesbadener Frauenzentrums haben sich spontan getroffen, um ihre Kritik zum Ausdruck zu bringen und bei dieser Gelegenheit das Wiesbadener Frauenzentrum darzustellen. Wir malten uns an,verkleideten uns als Putzfrau, Schwangere, Lehrling, Hausfrau usw. und hängten uns Schilder um, die alltägliche Frauenprobleme verdeutlichen sollen. Zwei von uns spielten Zonta-Frauen, „für die Emanzipation angeblich ja schon lange kein Problem mehr ist."
Mit Parolen wie:

Auf Zonta dürfen nur Reiche hoffen
das Frauenzentrum ist für alle offen!

Während Zonta-Frauen vornehm tagen,
werden andere Frauen geschlagen!

Zonta verkauft die Emanzipation —
was machen Frauen mit wenig Lohn?

ging unser Demonstrationszug durch die Wiesbadener Fußgängerzone in Richtung Rhein-Main-Halle, wo am letzten Abend des Kongresses ein Abschlußbankett bevorstand. Wir verteilten in der Stadt Flugblätter, um der Bevölkerung unsere Aktion und unsere Kritik zu erklären, die mit großem Interesse aufgenommen wurden.



Gegen 18 Uhr traten wir an der Rhein-Main-Halle ein und erlebten dort die Ankunft der reichen Frauen. Im Laufe der folgenden Stunde fuhren die Taxen und Busse mit den prunkvoll aufgedonnerten Frauen vor. Auf uns kamen sofort einige Polizisten zu, die uns einzuschüchtern versuchten „Wir fordern einen Mannschaftswagen an" und ähnliches. Von einigen Frauen wurden die Personalien festgehalten. Es kam auch zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung, bei der eine Frau von einem Polizisten am Arm in den Polizeiwagen gezerrt werden sollte.

Einige Zonta-Frauen reagierten aggressiv, andere lachten, andere bestürmten uns und meinten, ein Protest gegen sie sei nur durch unsere Uninformiertheit zu erklären. Die deutschen Frauen fühlten sich in ihrer Gastgeberfunktion durch unsere Störung beeinträchtigt und reagierten besonders aggressiv. Typische Reaktionen waren: Jeder kann so weit kommen, wie wir — sie sollen nur richtig lernen — Jeder hat dieselben Chancen! Geschlagene Frauen sind selber schuld, es gibt in dieser Gesellschaft genügend Gesetze, die es ihnen ermöglichen, sich dagegen zu wehren.
Andere Frauen wieder nahmen unsere Aktion als Touristenattraktion wahr und zückten ihre Kameras, um uns fürs Familienalbum festzuhalten.

Bei der Aktion ging es uns nicht um die Konfrontation mit diesen Frauen, sondern wir haben diese Aktion gemacht, um in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß hier ein falscher Begriff von Emanzipation (Karriere = Emanzipation) von den Zontas, der Presse und den Politikern vermittelt wird.

In der Berichterstattung der Wiesbadener Lokalpresse über mehrere Tage wurde versucht, der Mehrheit der Frauen weiszumachen, daß für sie diese Art der Emanzipation möglich und erstrebenswert sei. Damit wurde den Frauen wieder einmal deutlich gemacht, wie aussichtslos ihre Situation ist, und daß sie sich um die Möglichkeit der Veränderung ihrer Situation erst gar nicht bemühen sollen.

Nach unserer Aktion leitet die Wiesbadener Presse ihren langen Artikel über den letzten Tag des Kongresse so ein:

„Demonstration gegen Zonta
Festbankett zum Kongreß-Ende gestört
Protest gegen ‚Club der reichen Frauen'/Humanitäre Projekte

Mit einem Festbankett ist gestern der offizielle Teil des 43. Weltkongresses der Frauenbewegung Zonta International zu Ende gegangen. Während in der Rhein-Main-Halle rund 2000 Mitglieder und Gäste der weltweiten Frauenbewegung erlesene Genüsse eines renommierten gastronomischen Unternehmens aus München verspeisten, demonstrierten draußen Angehörige des des Frauenzentrums Wiesbaden, die Zonta als einen Club reicher Frauen bezeichnete, von denen für die Alltagsprobleme der meisten Frauen wenig erbracht werde."





Frauenzentrum Wiesbaden,Adlerstraße 7
6200 Wiesbaden, Tel. 30 66 99

ZUR VERHAFTUNG VON GISELA ICKLER

FRANKFURT (ID) 22. Juli

Nach dem Tode Ulrike Meinhofs wurde bei einer Demonstration in Frankfurt ein Polizist durch einen Brandsatz verletzt. Die Justizsonderkommission unter Leiter des hessischen Staatssekretärs Werner fahndet seitdem nach dem Werfer, wobei Gerhard Strecker dringend des versuchten Mordes verdächtigt wurde und verhaftet worden war. Er mußte wieder freigelassen werden (s.ID 127: Kampagne für Gerhard Strecker). Inzwischen wurde in fünfzehn weiteren Fällen ermittelt, und am 14. Juli wurde frühmorgens Gisela Ickler verhaftet unter "dringendem Verdacht des versuchten Mordes". Sie wird von einer nicht näher bekannten "Zeugin" belastet, die sie unter 200 Fahndungsfotos als Werferin erkannt haben will. Das Bild Gisela Icklers erschien jedoch in Zeitungen. Später folgte eine Gegenüberstellung, bei der die Zeugin Gisela Ickler wiedererkannt haben will. Entlastungszeugen, die bezeugen konnten, daß Gisela für die Tat nicht in Frage kommt, wurden zwar von der Staatsanwaltschaft vorgeladen, jedoch von der Sonderkommission verhört – gegen geltendes Recht. Die Sonderkommission unter Werner, nach Erfolg strebend, wollte wenig zur Entlastung von Gisela Ickler hören, dafür alles zur Frage der Struktur der Frauenbewegung oder zu Fragen wie "die Informationsverteilung der Linken" oder den Sponti-Zusammenhang. Eine zur Vernehmung bereitstehende Anwältin wurde nicht zugelassen. Die Aussagen der Belastungszeugin sind widersprüchlich. Zur Verteidigung Giselas hat sich außer den beiden Rechtsanwälten Schön und Herzog auch die französische Anwältin Marianne Merleau-Ponty bereiterklärt. Inzwischen fand ein Autokorso zum Preungesheimer Gefängnis statt, sowie ein Feierwerk am Mittwochabend vor dem Knast (Gisela hatte Geburtstag). Die Station in den Universitätskliniken, in der Gisela arbeitet, hat samt Oberarzt und Patienten ein Schreiben an den Haftrichter gerichtet, er möge unverzüglich eine sofortige Überprüfung des Falles vornehmen.
Er

Erinnern wir uns: im Fall Peter Paul Zahls wurde das offene Praktizieren von Gesinnungsstrafrecht deutlich. Am Fall Gisela Icklers kannman belegen, daß die Justiz bereits im Vorfeld zur Gesinnungsermittlung übergegangen ist. Die Staatsanwaltschaft hält nur die Belastungszeugin für glaubwürdig , alle anderen Zeugen für unglaubwürdig. Fragen an Zeugen wie "Haben Sie lesbische Beziehungen zu Gisela Ickler? " sind sicher nicht zur Entlastung gestellt worden. Wir

Wir veröffentlichen im Anschlauß die Erklärung der Frauen im Frauentreff Niedenau 51, wo Gisela mitgearbeitet , zur Geschichte von Gisela den Auszug aus einem Flugblatt des Asta-Frauenreferats, sowie die Erklärung hessischer Schriftsteller im VS.

ERKLÄRUNG DER FRAUEN ZUR PRESSEKAMPAGNE

IM FRANKFURTER

FRAUENTREFFPUNKT NIEDENAU 51:

Es geht uns in dieser Pressekonferenz darum, die augenblickliche Rechtspraxis in der BRD zu denunzieren.

Es gilt hier nicht mehr der Rechtsgrundsatz, daß jeder Bürger als unschuldig anzusehen sei, solange seine Schuld nicht bewiesen ist, sondern es geht vielmehr darum, daß der/die Angeklagte von der U-Haft aus, in der er/sie auch noch in Isolationshaft gehalten wird seine/ihre Unschuld zu beweisen hat.

Diese Methoden sind bekannt aus dem Dritten Reich und aus den Prozessen der DDR und anderen Ostblockländern.

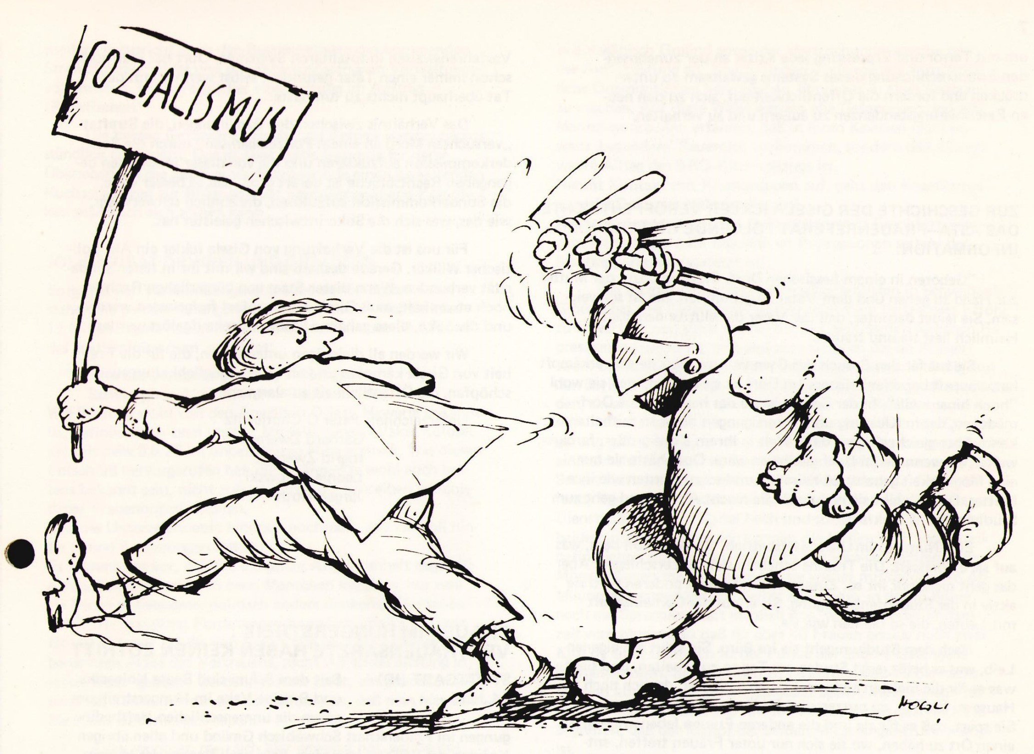
Wir geben hiermit bekannt, daß wir uns auf diese Praktiken nicht mehr einlassen, da die Staatsanwaltschaft und Polizei nur damit den Zweck verfolgen, daß wir soviel wie möglich Entlastungszeugen liefern, die dann nach folgendem Muster ausgefragt werden:

Es geht der Justiz dabei nicht mehr um den Tatbestand der Entlastung, sondern sie werden von vornherein für unglaubwürdig erklärt (siehe Erklärung von Staatssekretär Werner) und es wird versucht, sie als Informationsspender für den Kriminalisierungscomputer der Staatsanwaltschaft und Polizei zu funktionalisieren; es geht der Justiz infolgedessen lediglich darum, immer mehr Daten und Namen zu speichern.

Ziel dieser Vorgehensweise ist klar und wird auch gar nicht mehr versteckt: Anhäufung von Informationen über Zusammenhänge, emotionale und psychische Strukturen, derjenigen, die als „prinzipiell verdächtig und gefährlich gelten".

Nämlich z.B. die Frauenbewegung, die für die sogenannten Staatsschutzorgane eine Gefahr besonderer Art darstellt. Eine Bewegung, die anders als bestehende hierarchische Organisationen, ausgeht von vitalen Bedürfnissen, die in dieser Gesellschaft permanent zerstört werden. Das gilt jetzt nicht nur für unsere Bewegung, sondern für alle, die sich wehren und nicht der „Normalität" entsprechen und deswegen kriminalisiert werden.

Die Untersuchungshaft hat in diesem Zusammenhang die Funktion, Menschen so lange wie möglich im Knast zu halten, wie die Frauen, die in Preungesheim im Hungerstreik sitzen, um aus ihnen Informationen über ihre Verbindungen herauszupressen. Drei von diesen sieben Frauen sitzen seit über sechs Monaten in U-Haft, ohne daß bisher ein Haftprüfungstermin angesetzt wurde.



FREIWILD STATT SOZIALISMUS

Diese Informationspolitik, die darauf zielt, jeden Protest gegen die Entmenschlichung dieser Gesellschaft zu erfassen, geht ja schon viel weiter. Das aus dem Faschismus und der DDR bekannte Blockwartsystem wird wieder hervorgezaubert, es soll jetzt beschönigend Kontaktbeamtensystem heißen. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst werden dazu gezwungen, sich Gesinnungsschnüffelei widerlichster Art gefallen zu lassen und Unmutsäußerungen von Kollegen zu denunzieren.

Lehrer und Professoren sollen darüber hinaus Schüler und Studenten angeben, die sich politisch engagieren.
Tankwarte werden dazu aufgefordert, genau in die Autos hineinzuschauben, und wie auch immer verdächtig aussehende Personen anzugeben.

Die Bevölkerung wird mit hohen Geldangeboten dazu aufgefordert, sich an der Hetzjagd der Polizei gegen „Terroristen" zu beteiligen. Nach dem Motto: Haust du deinen Nachbarn rein, kriegst du ein halbes Eigenheim!

Daraus ergeben sich drei Arten, wie augenblicklich vorgegangenwird, um Proteste, seien sie individuell oder kollektiv, zu zerschlagen:
1. die liberale Öffentlichkeit wird durch Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei eingeschüchtert.
2. die Bevölkerung wird gekauft (siehe oben)
3. wer sich nicht einschüchtern oder kaufen läßt, wird kriminalisiert und eingesperrt.

All das zielt darauf ab, ein Volk von Spitzeln und Denunzianten zu produzieren, wie wir dies aus der unglückseligen Geschichte Deutschlands im 3.Reich und der augenblicklichen Situation der DDR kennen (Wir schlagen ein Gipfeltreffen zwischen Sonderkommission und Vopo vor!!).

Der lockere Umgang der Staatsanwaltschaft und der Polizei mit Rechtsbrüchen hat in den letzten Jahren die de facto Aufhebung der Gewaltenteilung bewirkt. Es ist einfach ein schlechter Witz, zu behaupten, und dies als Wahrheit hinzustellen, weil es der Staatsanwalt gesagt hat, daß die Belastungszeugin Gisela Icklers Bild in der Zeitung vor der Gegenüberstellung nicht gesehen haben soll.

Die gesamten bisherigen Erfahrungen lassen keine Zweifel aufkommen, daß sowohl der Staatsanwalt als auch die Polizei von Giselas Unschuld wissen. Die Verhaftungswelle, die massierten Hausdurchsuchungen und die einseitige Berichterstattung der MedienMachten uns klar, daß wir uns in dieser Situation an das Ausland wenden müssen, da jegliches Vertrauen in diesen Staatsapparat absurd ist.

Da wir uns der Gleichschaltung der deutschen Öffentlichkeit nicht ausliefern können, haben wir das Angebot einer französischen Anwältin angenommen, die Verteidigung von Gisela mit zu übernehmen.

Wir wissen, daß das Ausland mit Recht entsetzt ist über die Faschisierungstendenz, die sich in der BRD wieder einmal breitmacht.

Nicht umsonst hat die sozialistische Partei Frankreichs einen Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz Francois Mitterands gegründet „zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der BRD". ...und nicht umsonst sind auch nach dem Treffen mit der SPD ihre berechtigten Zweifel an der deutschen Rechtsstaatlichkeit nicht ausgeräumt.

Wir werden deshalb auch in Zukunft davon ausgehen, daß alle Beschuldigungen wie im Fall Gisela Ickler und der vorhergegangenen Verhaftungswelle nur ein Vorwand sind,

um mit Terror und Erpressung jede Kritik an der zunehmenden Entmenschlichung dieses Systems gewaltsam zu unterdrücken und fordern die Öffentlichkeit auf, sich zu den neuen Faschisierungstendenzen zu äußern und zu verhalten.

ZUR GESCHICHTE DER GISELA ICKLER VERÖFFENTLICHTE DAS ASTA–FRAUENREFERAT FOLGENDE HINTERGRUND–INFORMATION:

"Geboren in einem hessischen Dorf. Erzogen dazu, der Mutter zur Hand zu gehen und dem Vater zu gehorchen. Sie ist schweigsam. Sie leidet darunter, daß der Vater die Mutter demütigt. Heimlich liest sie und träumt.

Sie hat für den Besuch des Gymnasiums, den sie sich erkämpft hat, doppelt bezahlen müssen. Im Dorf ist sie isoliert, weil sie wohl "hoch hinaus will". In der Schule ist sie das hausbackene Dorfmädchen, das in Kleidung und Vergnügungen nicht so mithalten kann. Aber gleichzeitig wird die Welt in ihrem Kopf größer, farbiger, weiter, als wenn sie im Dorf geblieben wäre. Dort hätte sie nur eine Möglichkeit gehabt: zu heiraten. und so zu werden wie ihre Mutter. Deshalb gibt sie nicht auf. Sie macht Abitur und geht zum Studium nach Frankfurt.

Eine Nummer im Universitätsbetrieb. Verwirrt von dem, was auf sie einprasselt. Die Träume scheinen sich zu zerschlagen. Aber das geht nicht nur ihr so. Zusammen mit vielen anderen wird sie aktiv in der Studentenbewegung. Sie erlebt die Gemeinschaft mit Leuten, die so denken wie sie.

Nach dem Studium geht sie ins Büro. Sie spürt am eigenen Leib, was es heißt, acht Studen am Tag so zu arbeiten, und sieht, was es für die meisten anderen Frauen bedeutet, danach noch zu Hause zu kochen, zu putzen und für Mann und Kind zu sorgen. Sie spürt, daß es für sie und die anderen Frauen lebenswichtig ist, einen Ort zu haben, wo sie sich nur unter Frauen treffen, entspannen und zu sich selbst finden können. Da viele Frauen diese Erfahrungen teilten, gründeten sie das Frauencafe Niedenau. Es gibt hier unter anderem die Möglichkeit, neue Fähigkeiten zu entwickeln, wie z.B. im Auto-Reparatur-Kurs, in der Theatergruppe, im Elektro-Kurs und in der Selbstuntersuchungsgruppe. In dieser Gruppe wird versucht, eine Frauen–Selbst–Hilfe zu entwickeln, die eine frauengemäße und menschlichere Alternative zur üblichen Pillen-Medizin darstellt. Aus den Erfahrungen in dieser Gruppe und weil sie eine Arbeit suchte, die ihr mehr Spaß macht als die Bürotätigkeit, begann sie vor kurzem eine Ausbildung als Krankenschwester.

Der Staatsanwalt macht aus dieser Frau eine Terroristin, die versucht, einen Polizisten mit einem Molotowcocktail umzubringen. Zu beweisen ist das in keiner Hinsicht. Gisela, die Frau, die wir hier beschrieben haben, ist um diese Uhrzeit gar nicht an dem Ort gewesen, wo der Molotowcocktail geworfen wurde. Aber es ist nicht mehr so, daß Dir die Schuld bewiesen werden muß, wenn Du in Untersuchungshaft kommst; sondern Du kommst in U-Haft und mußt Dich dann bemühen, Deine Unschuld zu beweisen.

PRESSEERKLÄRUNG DES JUSTIZKRITISCHEN AUSSCHUSSES
IM VERBAND DER SCHRIFTSTELLER (VS)

Erneut demonstrierte die Sonderkommission unter Leitung von Staatssekretär Werner, daß sie mit rechtsstaatlichen demokratischen Mitteln die Vorgänge anläßlich der Demonstration zum Tode von Ulrike Meinhof nicht aufklären kann und nicht aufklären will.

Dazu gibt es jetzt nach einem Fall Strecker einen Fall Gisela Ickler. Ausreichend für die Isolationshaft, der sie unterliegt ist eine undurchsichtige Belastungszeugin, die aus der bei der Frankfurter Polizei illegal geführten schwarzen Liste Gisela herausfindet.

Uns erinnert die Arbeit der Soko sehr an entsprechende Verfahrensweisen in totalitären Systemen. Dort hat man auch schon immer einen Täter gefunden, selbst wenn er mit der Tat überhaupt nichts zu tun hatte.

Das Verhältnis zwischen den Bemühungen, die Straftat „versuchten Mord an einem Polizeibeamten" durch die Sonderkommission aufzuklären und die von dieser inzwischen begangenen Rechtsbrüche ist derart groß, daß es besser wäre, die Sonderkommission aufzulösen, die ähnlich schwerwiegt, wie das, was sich die Soko inzwischen geleistet hat.

Für uns ist die Verhaftung von Gisela Ickler ein Akt politischer Willkür. Gerade deshalb sind wir mit ihr in tiefer Solidarität verbunden. Wenn dieser Staat von bürgerlichen Rechten noch etwas hält, muß Gisela Ickler sofort freigelassen werden und die Soko, diese geheime Staatspolizei aufgelöst werden.

Wir werden all diejenigen unterstützen, die für die Freiheit von Gisela kämpfen und all unsere Möglichkeiten ausschöpfen, die Öffentlichkeit zu alarmieren.

Unterzeichnet: Peter O Chotjewitz
Gerhard Zwerenz
Ingrid Zwerenz
Leonie Ossowski
Jürgen Roth

FRAUEN IM HUNGERSTREIK : VERTRAUENSÄRZTE HABEN KEINEN ZUTRITT

STUTTGART (ID) 14.Juli

Seit dem 9.Juni sind Beate Koloseike und Bettina Vake im Hungerstreik,um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Frauenknast Schwäbisch Gmünd und allen übrigen Knästen der BRD zu kämpfen. Bald nach Beginn des Hungerstreiks haben die beiden Gefangenen der Anstaltsleitung und dem Justizministerium die Namen der Ärzte ihres Vertrauens mitgeteilt und einen Antrag gestellt, daß diese zur ärztlichen Untersuchung eine Besuchserlaubnis erhalten. Dieses Verlangen der beiden Gefangenen entspricht nicht nur üblichen demokratischen Vorstellungen einer freien Arztwahl, sondern ist auf dem Hintergrund der Vorfälle in Schwäbisch Gmünd (siehe auch ID Nr. 131) wie auch anderswo (Mannheim, Klingelpütz, Glocke usw.) mehr als verständlich.

Noch nicht vergessen ist in Schwäbisch Gmünd der Fall der Gefangenen Edelbauer aus dem Jahre 1974. Erster Knastarzt Staudenmayer tat die starken und langdauernden Beschwerden und Schmerzen dieser Gefangenen als Scheinschwangerschaft ab. Erst zu spät wurde bei einer Untersuchung festgestellt, daß Frau Edelbauer an einem bösartigen Tumor im fortgeschrittenen Stadium litt, an dem sie bald darauf starb.
Von daher ist es geradezu ein Gebot des Willens zu überleben, wenn die beiden Gefangenen die ‚Untersuchung' durch diese ‚unabhängigen' Ärzte – 6 haben sich inzwischen vorgestellt – ablehnen.

Das Justizministerium hat mit Schreiben vom 7.Juli 76 endgültig den Zutritt der Ärzte des Vertrauens abgelehnt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:
„Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt! Mit den vorgenannten Eingaben haben Sie die Anschriften von drei Ärzten mitgeteilt und beantragt, einem dieser Ärzte am 7.Juli oder 8.Juli 1976 den Zutritt zu Ihrer Mandantin zwecks Durchführung einer ärztlichen Untersuchung zu gestatten.
Dem Antrag kann nicht stattgegeben werden. Aus grundsätzlichen Erwägungen ist es der Vollzugsbehörde unmöglich, durch Insassen einer Vollzugsanstalt bestimmen zu lassen,welcher Arzt eine Untersuchung durchführen soll. Die Insassen der Vollzugsanstalten sind gehalten, die ärztliche Betreuung von den Ärzten, die die Vollzugsbehörde beschäftigt oder beauftragt, entgegenzunehmen.
Das ergibt sich nicht nur aus Nrn. 22, 23 und 118 DVollzO,

sondern entspricht auch den Bestimmungen des kommenden Strafvollzugsgesetzes und der dazu vorgesehenen Verwaltungsvorschriften. Mit vorzüglicher Hochachung im Auftrag (Rothfischer)"

Die beiden Gefangenen Beate und Bettina werden nachts stündlich überwacht. Das ist aber keine Garantie für deren Überleben, da die andauernde Hitzeperiode einen bedeutenden Kochsalzentzug zur Folge hat, der unvorhergesehene Komplikationen nach sich ziehen kann.

SOLIDARITÄT DRINNEN UND DRAUSSEN

Entgegen der Verleumdungskampagne der örtlichen Presse stehen die beiden Gefangenen in ihrem Kampf nicht allein. 12 Mitgefangene haben folgendes Schreiben vom 10.7.76 an das Justizministerium gerichtet:

„An das Justizministerium, 7 Stuttgart
Schillerplatz 4, z.Hd. Herrn Reuschenbach
Wie Ihnen ja wohl von den Anwälten Driest, Newerla bekannt ist, befinden sich zwei unserer Mitgefangenen (Vake, Koloseike) seit dem 9.6.76 im unbefristeten Hungerstreik. Was diesen Entschluß hervorgerufen hat, dürfte Ihnen ja wohl auch bestens bekannt sein, nicht zuletzt durch die Schreiben verschiedener Frauenorganisationen.
Wir, die Unterzeichneten betonen nochmals, daß wir voll hinter diesen Forderungen stehen!
Es kommt uns vor, daß Sie die ganze Angelegenheit bagatellisieren. Seit wann müssen denn Menschen krepiren, nur weil sie Jhnen unbequeme, politisch anders denkende Menschen sind? Die gestellten Forderungen betreffen Erleichterungen für alle Frauen! Da die von Frau Vake und Frau Koloseike benannten Ärzte des Vertrauens, nicht zur Untersuchung in dieses Haus gelassen werden, kommt jeder, einigermaßen logisch denkende Mensch auf den Gedanken, daß man hier und Sie etwas zu verbergen haben.

Alles, wogegen man sich hier gewehrt hat, wurde mit einem Achselzucken abgetan — mitleidig belächelt — was interessierten Sie schon ein paar gefangene Frauen. Es ist nur zu gut zu verstehen, daß der Anstaltsarzt und die von ihm ausgesuchten Ärzte nicht von den Gefangenen akzeptiert werden, denn wie oft haben wir schon die Absetzung des hier amtierenden Anstaltsarztes, Dr.Staudenmayer, gefordert. Nichts geschah — warum denn auch, sollen wir doch froh sein, daß wir überhaupt ärztlich versorgt werden. Dies ist auch eine Einstellung, mit der wir uns aber nicht zufrieden geben. Deshalb fordern wir: freie Arztwahl für alle Gefangenen, insbesondere für Frau Koloseike und Frau Vake.

(Hier folgen die Unterschriften)
Fortsetzung des Briefes:

Mich, Frau Ruth Schmidt, kennen Sie ja auch zu Genüge, umgekehrt ist es das gleiche. Sie sind wirklich „Klasse Vertreter' des Strafvollzugs. Ich brauche nur meine im Laufe von 4 Jahren an Sie gerichteten Beschwerden durchzusehen, dann wird es mir stets von neuen übel. Ihr Stuhl ist eine echte Fehlbesetzung, samt ihren Handlangern u.a. Herrn Rotfischer. Man hat mich 4 Monate mit einer Kugel im Oberarmknochen,welche schon Grünspan angesetzt hatte, hier leiden lassen. Mein Vertrauen in die ärztlichen Fähigkeiten des Dr.Staudemeier ist hin und ich kann die Forderungen der beiden Mitgefangenen, die sich im Hungerstreik befinden, nur voll unterstützen.
Ich glaube doch, daß sie sich gut überlegen, ob sie 2 Menschen kaltlächelnd draufgehen lassen wollen und das nur, weil die freie Arztwahl bei Ihnen ein Staatsarzt darstellt.
Ruth Schmidt".

Frauen der Frauenzentren Mannheim, Stuttgart,Marburg, Bremen, Aachen, Düsseldorf, Karlsruhe haben bereits Flugblattaktionen, Infostände, Unterschriftensammlungen an das Justizministerium und die Anstaltsleitung sowie Solidaritätsspenden durchgeführt. Um den bundesweiten Kampf für menschenwürdige Bedingungen in allen Knästen organisiert anzugehen, werden wir gemeinsam — die Gefangenen drinnen und die Frauen draussen — eine Dokumentation dieser Vorfälle in Schwäbisch Gmünd sowie der Vertuschungsversuche mit der Aufforderung an Knastgruppen, Gefangenen, fortschrittliche Organisationen herausgeben, ähnliches in allen Knästen zu machen. Auf diese Weise werden alle Gefangenen und alle Menschen draußen erfahren, daß in ihren Knästen nicht jeweils ‚besondere' Sauereien vorkommen, sondern daß dies der wahre Alltag des BRD-Knastvollzugs ist.
Nehmt Kontakt mit Knastgruppen auf, geht den Knastkampf an, gebt Dokumentationen heraus!
Stärkt und unterstützt den Gefangenenrat in Frankfurt in seinem Kampf, der z.Zt. besonderen Repressionen seitens des Staatsapparates ausgesetzt ist!

Die Durchführung von Unterschriftenlisten in Schwäbisch Gmünd bei den Gefangenen ist deshalb als ein besonderer Erfolg zu bewerten, weil diese einmal bei Bekanntwerden jeglichen Repressionen ausgesetzt sind und zum anderen die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen inzwischen fast vollständig von den übrigen Gefangenen isoliert in der Spitalzelle gehalten werden, sie also nicht mit den anderen über den Sinn der gemeinsamen Forderungen beispielsweise diskutieren können. Die Isolierung geht inzwischen sow eit, daß es den Mitgefangenen nicht einmal mehr möglich ist, den beiden von außen etwas zuzurufen. Sofort läuft eine Wachtel zur Diensthabenden, die die betreffende Gefangene zu sich zitiert. Gleichzeitig telefoniert die Diensthabende zum Spital hoch und sofort wird die Zelle der beiden inspiziert. Hofgang können die beiden im Hungerstreik befindlichen Gefangenen nur noch mit wenigen ausgesuchten Mitgefangenen machen,während sie vorher mit der ganzen Abteilung zusammengingen. Selbst Kloräume, in denen bisher noch ein Sprechkontakt möglich war, werden in der Mittagszeit verschlossen, so daß für über 40 Frauen gerade noch zwei Klos da sind. Dennoch ist der Funke auf andere Gefangene übergesprungen. Sie beginnen zu begreifen, daß sie die nächsten sein können, die zusammengeschlagen, zwangsverlegt, isoliert werden usw. Seit Mannheim hat sich nichts geändert. Sie begreifen, daß der Kampf der beiden Mitgefangenen ihr Kampf ist.

GEREIZTE STIMMUNG IM KNAST

Zu Beginn des Hungerstreiks bemühte sich die Knastleitung, diesen zu ignorieren, ihn so darzustellen, als wollten die beiden Gefangenen nur ihr ursprüngliches Gewicht wieder erhalten. Mit der Fortdauer des Hungerstreiks wurde dieses Bemühen zusehends krampfhafter; Isolierung und gehäufte Schikane auch gegen die Verteidigung sprechen eine andere Sprache.

Unmittelbare Folge des Ausbruchs von vier Frauen aus einer Berliner Haftanstalt war eine Großrazzia am 7.7. in der Zelle der beiden Gefangenen — offensichtlich abgestimmt mit der gleichzeitig bundesweit laufenden Durchsuchungsaktion in allen Knästen. Eine Begründung dafür, warum ausgerechnet nur die Zelle der beiden durchsucht wurde, gab die Knastleitung freilich nicht. Natürlich haben sie bei den beiden auch nichts gefunden..
Folgende Begebenheit gibt die Stimmung deutlich wieder:
In Schwäbisch Gmünd sind US-Soldaten stationiert, die dort in abgeschlossener Siedlung mit den Angehörigen leben.
Zwei GI's unternahmen am Freitag, den 9.7. nachts den Versuch, von außen Kontakt mit zwei inhaftierten Freundinnen aufzunehmen. Ohne jede Ankündigung oder Vorwarnung schoß ein Anstaltswärter los. Ob dabei jemand verletzt wurde, ist nicht bekannt. Die Gmünder Presse verschwieg diesen Vorfall tunlichst. Unter den Gefangenen war jedenfalls sofort Bambule. Sprechchöre wie: ‚Power check — Bullen weg! Ihr Schweinekiller — Revolverhelden" wurden laut, die Gefangenen brüllten wie die Verrückten. Dabei flog alles, was irgend paßte, durch die Fenster auf den Knasthof. Kurze Zeit später rückte eine grüne Minna mit zehn Polizisten an. Am nächsten Tag wiederholte sich das ganze noch einmal, als eine Reihe von Amerikanern vor dem Knasteingang Bambule machte.

DIE‚ERMITTLUNGEN' DER KRIPO

Bekanntlich laufen gegen die knüppelnden Bullen sowie die

Knastleitung Strafanzeigen. Die Ermittlungen, die die Kripo Schwäbisch Gmünd im Knast durchführt, sind nur als Farce zu bezeichnen. Die Mehrzahl der 14 Zeugen wurde bereits vernommen. Wenn dabei der Kripobeamte den Eindruck gewann, daß Gefangene wahrheitsgemäße Aussagen machen würden, erklärte er jeweils vorab: „Wenn Sie das vor Gericht aussagen, werden Sie wegen Meineid bestraft".(!)
Nach der Vernehmung der Zeugen setzte sich der Kripotyp sofort jeweils mit Anstaltsleiter Peters zusammen, um diesen auf den neuesten Stand der Erkenntnisse zu bringen. Als dies eine Zeugin beobachtete, wie Peters gerade wieder einmal aus dem Raum kam, in dem sich der Kripotyp befand, sagte sie laut: „So kann man es auch machen." Peters:„Ich sehe Sie lieber im Aufenthaltsraum als hier". Nur zu verständlich.

Auch die übrigen Einschüchterungsversuche haben nicht aufgehört. Aus verschiedenen Frauenzentren lagen Besuchsanträge für die acht Gefangenen vor, die anfangs im Hungerstreik standen. Darauf eröffnete die Knastleitung sofort jeder dieser Gefangenen einzeln, daß Besuche „solcher Frauen" nur bei optischer und akustischer Überwachung stattfinden könnten. Diese Einschüchterung verfehlte ihre Wirkung nicht.
Nur eine Gefangene war dann noch zu einem Besuch unter diesen Bedingungen bereit.

Verwundert es, daß derselbe Kripobeamte, der hier ‚gegen die Knastleitung ermittelt', gleichzeitig die Besuche der einen im Hungerstreik befindlichen Gefangenen überwacht?

Ein Stuttgarter Genosse.

BEATE KOLOSEIKE NACH STAMMHEIM ZWANGS–VERLEGT – 2 TAGE SPÄTER BETTINA VAKE

STUTTGART (ID) 21.Juli

Die Gefangene Beate Koloseike, die sich im Hungerstreik befindet, ist am 15.Juli von Schwäbisch Gmünd nach Stuttgart-Stammheim zur Zwangsernährung gewaltsam verlegt worden. Die Verlegung erfolgte nach folgendem Plan:

Am Mittwoch, den 14.7. tauchte plötzlich der berüchtigte Knastarzt Dr.Henck von Stuttgart-Stammheim auf, um sich mal eben die beiden Gefangenen über die Distanz anzusehen. Dabei quatschte er die ganze Zeit davon, daß es doch allein sinnvoll und menschlich sei, beide Gefangenen gemeinsam nach Stammheim zu verlegen. Unmittelbar darauf gab er seine Einschätzung ans Justizministerium, daß lediglich der Gesundheitszustand von Beate bedenklich sei. An diesem Tag erging ministerielle Order, die grüne Minna für Einzel-Gefangenen-Krankentransport vom Hohenasperg für nächsten Morgen in Schwäbisch Gmünd bereitzustellen.

Es war bekannt, daß der Anwalt die Gefangenen immer montags und donnerstags besuchte. Beate wurde wie üblich aus dem Spital heruntergeführt, mußte aber unten eine halbe Stunde warten, ohne ihren Anwalt sprechen zu können. Diesem eröffnete inzwischen die Vertreterin des Anstaltsleiters, Regierungsassessorin Göbel, daß der Einzeltransport unmittelbar bevorstehe. Eine Viertelstunde wurde ihm eingräumt, dies der Gefangenen Beate mitzuteilen. Es war klar, daß Beate diese brutale und geschickt eingefädelte erneute Trennung nicht einfach hinnehmen würde. Drei Bullen (diesmal in weißen Anzügen aus der Intensivstation Stammheim) und eine Wachtel, unter Regie der Göbel und von Dr.Jakober („Schmerzen, die ich nicht sehe, gibt es nicht"), brauchten 20 Minuten, bis sie Beate auf der Bahre festgeschnallt hatten; dabei erhielt sie ebenso viele blaue Flecken an Armen und Beinen wie am 20.Mai.

Als Beate nach der gewaltsamen Verlegung und ihrer ersten Zwangsernährung in Stammheim ernsthafte Äußerungen verlauten ließ, sie werde sich aufgrund der erneuten Trennung und des Schocks das Leben nehmen, wenn nicht Bettina Vake zu ihr verlegt werde, kam sie sofort in die ‚Bunkerzelle', ohne natürliches Licht, nur die Pritsche am Boden und sonst kahle Betonwände! Ein Fenster zur Beobachtung, durch das nicht einmal jede Stunde einer schaute. Angeblich zur Sicherheit der Gefangenen will man eine Gefangene in tiefer seelischer Verstimmung auf diese Weise von der Selbsttötung abhalten: durch die totale Isolation.
Bettina Vake wurde zwei Tage später ebenfalls nach Stuttgart-Stammheim verlegt.

Noch am selben Abend zogen spontan 5 Frauen aus dem Frauenzentrum Stuttgart sowie 2 Männer vor den Frauenknast und drückten durch Zurufe ihre Solidarität mit allen Gefangenen aus. Bereits am 16.7. sind in Gotteszell sieben Unterschriften aus Protest gegen die Verschleppung von Beate gesammelt worden. Eine beispielhafte Initiative ist aus Heidelberg bekannt, wo die dortige Sympathisantengruppe des KB in einem Flugblatt unter SOS – aus dem Frauengefängnis Gotteszell in Schwäbisch Gmünd –Solidarität,ausführlich die Ereignisse und Zustände beschrieb und zu moralischer und finanzieller Unterstützung der Gefangenen und ihrer Rechtsanwälte aufrief.

RICHTIGSTELLUNG:

In der Berichterstattung zu den Ereignissen im Frauengefängnis Schwäbisch Gmünd am 20.5.1976 ist die Version aufgetreten,die Polizeibeamten hätten mit Knüppeln geschlagen. Es trifft nicht zu, daß die Beamten Schlagstöcke verwendet haben.
Der verwendete Ausdruck ‚knüppeln' steht synonym für den Ausdruck ‚prügeln'.

URTEIL IM PROZESS GEGEN WERNER SCHLEGEL

DORTMUND (ID) 22.Juli

Am Mittwoch, den 14.Juli verurteilte das Landgericht Dortmund Werner Schlegel wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und versuchter Brandstiftung in drei Fällen zu 6 Jahren.

Die Staatsanwaltschaft hatte 5 1/2 Jahre gefordert.

Nach seiner Verurteilung wurde er in die Justizvollzugsanstalt Bochum, An der Krümmede 3 gebracht.

DIE GESCHICHTE EINES GANZ „GANZ" NORMALEN GEFANGENEN

STARNBERG (ID) 21. Juli

Aus Starnberg erhielten wir folgendes Schreiben:

„Ich möchte euch die Geschichte eines ganz „normalen" Gefangenen erzählen, um zu zeigen, daß die Unterdrückung nicht mehr nur auf besondere Typen gerichtet ist, sondern im Strafvollzug alle betrifft (sicher nicht nur da).

Bitte akzeptiert, daß diese Geschichte auch weiterkommen soll. Ich finde es Scheiße, daß die Leute erst sterben müssen, (Ulrike), bevor man sich um die kümmert, oder sie politisch ausgeschlachtet werden. Also:

Hans-Dieter Grammon, 25 Jahre alt, sitzt nun mit Unterbrechungen annähernd sieben Jahre im Knast. Mit 16 Jahren hörte er seine Lehre auf und ging von zu Hause weg, nachdem er zuschauen mußte, wie sein Ideal von der „soliden Existenz", nämlich sein Vater, sich solang abgerackert und Ansehen verschafft hatte (Stadtrat), bis er endlich elend starb,ohne Freunde, und plötzlich ohne „Ansehen", da er zu nichts mehr nutze war.

Als er nun durch die Städte zog, war er bald pleite und ging einbrechen, betrog etc.. So kam er das erste Mal in den Knast. Naja, er kam dann wieder raus und war bald wegen derselben Scheiße wieder drin. Ohne Kontakt nach draußen, nicht einmal zu seiner Familie. Nach zwei Jahren ohne Leute draußen, ohne Besuch lernte ich ihn dann kennen (durch einen Freund von ihm, der in der Zeit auch im Knast war). Sein Freund kam dann raus und ließ nie wieder was von sich hören.

So war auch im Knast niemand, mit dem er sich so glänzend verstand. Bis er in Amberg mit einem Typen auf die Gemeinschaftszelle kam, der sein bester Freund überhaupt wurde. Es war nicht nur das Sexuelle, was die beiden verband, jedoch für die Anstaltsleitung war das ausschlaggebend: nach vier Monaten enger Freundschaft durch das Zusammenleben wurden die beiden ohne jeden Grund voneinander getrennt. Das war zuViel für sie, denn sie waren jetzt schon so abhängig voneinander, daß zumindest Dieter völlig kaputt war. Aus Protest gegen diese Maßnahme ging Dieter daraufhin in den Hungerstreik. Doch der schien eher das Gegenteil zu bewirken: eine Woche später wurde er ruckzuck nach Nürnberg verfrachtet. Aus gesundheitlichen Gründen brach er den Hungerstreik dann ab. Als er zur Untersuchung beim Anstaltsarzt war, sagte dieser nur: „Jetzt gibt es das neue Gesetz, nach dem wir euch verhungern lassen können. Da könnt ihr Hungerstreik machen, bis ihr draufgeht."

Als er dann in Nürnberg auch noch in Einzelhaft kam, beschwerte er sich beim Anstaltsarzt, und begründete seine Forderung nach Gemeinschaftzelle mit seinem psychischen Zustand, bezeichnete sich selbst als„Schrotthaufen". Der Anstaltsarzt lehnte die Forderung mit folgender Begründung ab: er habe in Amberg mit einem HOmosexuellen was gehabt ... (und das in Anwesenheit von mehreren Gefangenen). Nun steht Dieter da: isoliert (nicht mal Umschluß), diskriminiert und dadurch ein bißchen sich selbst entfremdet ... Schreibt ihm, zeigt ihm, daß er nicht allein ist!"

Adresse: Hand-Dieter Grammon, Mannertstr. 6, 8500 Nürnberg.

SELBSTMÖRDER AM WERK

BERLIN (ID) 19.Juli Aus Berlin erhielten wir folgenden Brief: „Am Mittwoch, den 14.7.76 habe ich zusammen mit meiner Tochter meinen Freund und Genossen Hans-Jürgen Bäcker im Tegeler Gefängnis besucht. Die beiden letzten Besuche – einer davon am 9.7. waren beide nicht zugelassen worden wegen der Ereignisse in Entebbe und später der Flucht der Frauen aus der Lehrter Straße. Ebenfalls war einige Zeit kein Anwalt zugelassen worden.

Ich hatte vorher schon durch Gerüchte gehört, daß Jürgen in den letzten Tagen zusammengeschlagen worden sei,hatte jedoch angenommen, dies sei aufgrund irgendeiner Art des sichwehrens geschehen, was ja im Knast meist mit den schärfsten Sanktionen belegt wird. Jürgen erzählte mir aber folgendes:

Am Freitag (9.7.) kam ich wegen einer Verrenkung des Hüftgelenks, die ich mir beim Sport zugelegt hatte, in die Krankenabteilung des Gefängnisses Moabit. Nachdem ich eine Weile dort gelegen hatte, kamen Beamte zu mir, die mir sagten, ich solle mich ausziehen, auch meine Uhr ablegen und ihnen folgen. Ich dachte, daß ich zum duschen gebracht würde und ging gutwillig mit. Auf dem Wege wurde jedoch plötzlich eine Zelle geöffnet, ich wurde hereingestoßen und fand mich in einer bis auf das Bett leeren Zelle wieder, die mit drei Fernsehkameras, mit denen der ganze Raum beobachtet werden konnte, ausgestattet war (sogenannte camera-silens Zellen).

Die Zelle hatte kein Fenster, die Belüftung geschah durch einen laut surrenden Propeller. Das Bett in der Zelle war samt Decke mit Blut, Erbrochenem und Kot beschmiert. An der Wand waren die Spuren einer Hand zu sehen, die mit Kot beschmiert gewesen sein muß. Ich weiß, daß ich ein besonders stark ausgeprägtes Sauberkeitsbedürfnis habe, aber der Zustand der Zelle wäre für jeden unerträglich gewesen. Dazu kam die Ungewißheit, warum ich in diese Zelle gekommen war und das Bewußtsein, daß mich ja schon seit einiger Zeit kein Besuch erreichte und von dieser Maßnahme erfahren würde.

Ich hatte Angst, umgebracht zu werden. Vor Aufregung wurde ich ohnmächtig und erbrach mich. Vielleicht habe ich auch geschrien. Es kamen ‚Menschen', die mir Beruhigungsspritzen geben wollten. Ich wollte keine Beruhigungsspritzen, sondern wollte nur wissen, warum ich in diese Zelle gesteckt worden sei. Da wurde ich geschlagen und festgehalten sodaß sie mir die Spritzen geben konnten. Es kam auch eine Ärztin, sie hieß Frau Dr.Winkler. Sie hatte einen Hosenanzug in blau, einen gelben Seidenschal und einen beigen Lackmantel an. Ich fragte, warum ich hier sei. Sie sagte, sie habe diese Anweisung erhalten. Mir wurde auch bedeutet, ob ich denn nicht wisse, welcher politischen Gruppierung ich angehöre. (Bäcker ist wegen Bankraub und Zugehörigkeit zur Roten-Armee-Fraktion verurteilt worden.)

Ich weiß nicht, wie lange ich in dieser Zelle gewesen bin, aber ich weiß, daß ich dem Wahnsinn sehr nahe gewesen bin.

Zwar bin ich jetzt wieder in Tegel, aber ich bin ausgeschlossen von Sport und sonstigen Gemeinschaftsveranstaltungen. Ich war fünf Jahre in Einzelhaft in Moabit und habe sehr darum gekämpft, endlich nach Tegel in die normale Strafhaft zu kommen, um an Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen. Soll nun auf diesem Wege versucht werden, mir in Tegel die gleiche Situation wie in Moabit weiter zu bescheren?

Jürgen hat mir das sinngemäß so erzählt. Ich habe auch gesehen, daß er mehrere blaue Flecken hatte."

CROISSANT WIEDER IM KNAST – PROGRAMMIERTE VERHAFTUNG

STUTTGART (ID) 20.Juli Am 16.Juli gegen 23 Uhr wurde Rechtsanwalt Dr.Klaus Croissant in Stuttgart in einem Restaurant verhaftet und am nächsten Tag in den Knast in Heidenheim (Ostwürttemberg) gebracht. Ihm wurde auf Anordnung des Staatsanwalts Heissler sofortiger Rechtsbeistand verweigert. In einer Presseerklärung zur Verhaftung schreibt das Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa: „Diese Verhaftung wurde nach den Mustern der psychologischen Kriegsführung vorbereitet, indem Wochen und Tage zuvor in einer Reihe von Zeitungsberichten gezielte Falschmeldungen verbreitet wurden." (Siehe ID Nr. 134: in einer Presseerklärung zum ‚Stuttgarter Nachrichten-Terror' spricht Croissant davon, daß seine Verhaftung vorbereitet würde). Seine Verhaftung schildert Croissant tags darauf im Polizeigefängnis in Stuttgart:

22.50 Uhr: Das war so – ich bin im ‚Pfiff' gesessen und hatte gerade mein Bier serviert gekriegt und Fleischküchle. Da kamen 3 (4 ?) einer, zwei verschwanden wieder), die üblichen Figuren, der erste zeigte mir seine Marke ‚Kriminalpolizei" – „Wir haben den Auftrag, Sie festzunehmen".

Der Kripomann (Halsch) und ein weiterer nahmen Platz an meinem Tisch, damit die Sache ruhig abläuft. Bestellen sich ne Cola jeder. Halsch, 25 Jahre, erklärt, sie seien auf Streife gewesen, als sie per Funk die Weisung bekommen hatten, mich festzunehmen. In einigen Minuten kämen Beamte von LKA (Landeskriminalamt), die den Haftbefehl hatten und das weitere machten.

Vermutlich war der weitere am Tisch oder der dritte/vierte, der wegging, vom Verfassungsschutz, die dürfen ja nicht festnehmen.
Nach 5 oder 10 Minuten kamen Dürr und Schwarz vom LKA und und brachten mich in das Polizeigefängnis Dorotheenstraße.

Ich habe auf der Fahrt rausgekriegt, daß sie den Haftbefehl spät – also erst jetzt – bekommen hatten. Die Müllerprotokolle müssen wohl im Eiltempo getippt und Strohbusch (Richter) nach meinem Gespräch mit ihm (16.7., 11.00 Uhr) vorgelegt worden sein.

8.30, Polizeigefängnis, Dorotheenstr.Stuttgart
Klaus Croissant"

In einer Stellungnahme zur Verhaftung von Croissant wies Rechtsanwalt H.H.Heldmann darauf hin, daß Staatsanwalt Heissler auch zuständig für die Todesursachenermittlung Ulrike Meinhofs sei: „...der wahre Grund für diese dubiose Verhaftung von Rechtsanwalt Croissant ist darin zu sehen, daß Croissant gegenüber Staatsanwalt Heissler, der ihn jetzt verhaften

ließ, vor Tagen schon angekündigt hat, er werde sich als Testamentsvollstrecker von Ulrike Meinhof für die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände um Ulrike Meinhof einsetzen."

In den drei Wochen vor seiner erneuten Verhaftung wurde Klaus Croissant offen observiert. Dazu heißt es in einer Begründung zu einer einstweiligen Anordnung gegen das Stuttgarter Innenministerium wegen Unterlassung:

— „Selbst bei der Wahrnehmung von Gerichtsterminen wird diese offene Observation beibehalten. Se findet nicht nur bei der Wahrnehmung von Stuttgarter, sondern auch von auswärtigen Gerichtsterminen statt, so z.B. in Düsseldorf, wo der Antragsteller vor dem Oberlandesgericht in dem Staatsschutzprozeß gegen das Kommando Holger Meins den Gefangenen Karl-Heinz Dellwo verteidigt."

— „Am 15.7.1976 hat der Antragsteller z.B. um 14 Uhr einen Haftprüfungstermin vor dem Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt bei Herrn Richter Engelfried wajrgenommen. Bei der Fahrt dorthin verfolgten ihn mehrere Observationsfahrzeuge, wobei eines gegenüber dem Gericht in Badstr. 23 anhielt, als der Antragsteller das Gerichtsgebäude betrat, um anschließend neben dem PKW des Antragstellers zu parken, als dieser nach etwa 1 Stunde das Gerichtsgebäude wieder verließ."

— „Der Antragsteller wird auf der Fahrt von seiner Wohnung in Stuttgart -Asemwald bis zu seiner Kanzlei in der Lange Str. und überhaupt auf jeder privaten oder geschäftlichen Fahrt von zahlreichen Observationsfahrzeugen im Konvoi verfolgt, wobei er sich 7 Fahrzeuge notiert hat, die nach seiner Überzeugung mit Sicherheit vom Antragsgegner auf seine Fährte gesetzt worden sind:

1. dunkelroter Opel PKW	S-AW 7857
2. dunkelroter BMW	S - AN 5277
3. grauer Pkw RO 80	S - E 7483
4. Heller BMW	S - AH 6964
5. blauer BMW 3 L	S - AN 7539
6. grauer Mercedes	S - AR 4529
7. heller Opel	BB - DY 915

INTERNATIONALES

SCHLACHTHOF „ST.MARX" BESETZT

WIEN (ID) 15.Juli Seit dem 27.Juni ist in Wien im 3.Bezirk der ehemalige Auslandsschlachthof St. Marx besetzt. Das besetzte Areal mißt ca. 70 000 qm und besteht aus etwa 20 Gebäuden, darunter 2 große Hallen mit je 3 600 qm. Das Schlachthofgelände von St.Marx war bereits seit zwei Jahren vom Kulturamt der Stadt Wien zur Durchführung der Arena-Festspiele der Wiener Festwochen genutzt worden. Bei diesen Festspielen handelte es sich um ein kulturpolitisches Feigenblatt der Stadt Wien, wo Künstlern und Publikum zwar ein Freiraum für alternative Kulturproduktion und Kommunikationsformen gewährt wurde, dieser jedoch immer zeitlich begrenzt und durch die Kontrolle der Stadt beschnitten wurde. Die Besetzung soll das ändern. Die Forderung heißt jetzt: Arena-Kultur und Jugendzentrum für immer!

Dringend notwendig war die Besetzung des Geländes dadurch geworden, daß hier in Wien wie auch anderswo die Sanierungsbagger wüten. Die Gebäude von St.Marx sollten am 10.Juli abgerissen werden. Die Stadt Wien hatte das Gelände einer von ihr gegründeten Industrieansiedlungsgesellschaft überschrieben (der Wiebag) und diese hat bereits Vorverträge zum Verkauf an das Textilunternehmen ‚Schöps' abgeschlossen. In einem Flugblatt heißt es dazu: „Die Verwalter dieses Gemeineigentums haben andere Interessen als seine Benutzer. Der Verkauf an die Firma ‚Schöps' ist profitabler als Investitionen für gemeinschaftliche Aktivitäten. Kulturelles Leben soll textilem Konsum geopfert werden."

Dringend notwendig war die Besetzung auch deshalb geworden, weil sich das Areal von St.Marx wie kaum ein anderes dazu eignet, neue Formen der Kulturproduktion und des städtischen Zusammenlebens von Menschen experimentell — und das heißt durch Selbstverwaltung derer, die hier arbeiten und leben werden — auszuloten und zu entwickeln. Die wesentliche Voraussetzung,um diese Aktivitäten zu entfalten ist die Tatsache, daß es sich bei dem Areal um eine umfangreiche Anlage handelt, deren verschiedene Gebäude kaum nutzungsdeterminiert sind und die Möglichkeit der Aktivität erst eröffnen. Bei den Veranstaltungen der Wiener Festwochen hat der Schlachthof seine Funktionsfähigkeit in diesem Sinne bewiesen. Bewiesen wurde damit auch, daß der hier vorhandene intakte Bau ein neues Nutzungskonzept geradezu herausfordert.
„Es ist keine utopische Vorstellung, daß sich hier Wohnungen, Ateliers und Spielstätten für verschiedenste kulturelle Nutzungen integrieren lassen. Für jeden, der mit offenen Augen das Gelände besichtigt hat, liegt es klar auf der Hand. Wenn es möglich ist, leerstehende Gasometer als „Industriedenkmäler" zu erhalten, warum soll dann der Schlachthof, für den Bedürfnisse artikuliert sind, totgeschwiegen und geschliffen werden." (Presseinformation der Arena)

Das sind die Gründe, warum die Arena-Festspiele nicht wie vorgesehen mit der Abschlußveranstaltung am 27.Juni endeten, sondern diese Veranstaltung mit der Besetzung des Geländes einen neuen Anfang fand: Arena für Immer! Sinnigerweise war die letzte Veranstaltung der Festspiele ein Theaterstück über den Abriß eines Wiener Gebäudekomplexes und auf diesem Areal fand im Rahmen des „Supersommer" (eine Veranstaltung für experimentelle Architektur) eine nächtliche Veranstaltung statt, bei der die Wiener Politrockgruppe „Schmetterlinge" und das „Kabaret Keif" spielten, die nach der Veranstaltung dazu aufforderten, zur Arena zu ziehen. Diesem Aufruf folgten dann auch etwa 300 Leute.

Die Abschlußveranstaltung der Arena wurde dann von den jetzt etwa 1000 Anwesenden, eben nicht beendet,sondern in eigener Regie weitergeführt. Trotz massiver Einschüchterungsversuche der Polizei waren letztlich 500 Leute übrig, die auf dem Gelände blieben. Nachdem mit der Polizei verhandelt worden war, u.a. auch vom Festspielintendanten Baumgartner, zog diese ab.

Seither ist das Gelände besetzt und es laufen permanent Veranstaltungen. Inzwischen wurde ein Teil der Gebäude hergerichtet und mit Strom und Wasser versorgt. Bisher gibt es auf dem Areal ein Literatencafe, das Cafe „Schweinestall", ein Frauenhaus, ein Kinderhaus, ein Spontihaus, eine Videowerkstatt, ein Arena-Kino, eine Diskothek, die Veranstaltungshalle, eine ‚Galerie', das Haus ‚Simmering', das Haus ‚Schmetterling' und das Verwaltungsgebäude. Die Besetzer sind im Moment damit beschäftigt, die schon hergerichteten Gebäude weiter auszubauen und weitere Gebäude benutzbar zu machen. Eine Architektengruppe versucht eine Konzeption für die gesamte Anlage zu erarbeiten.

Zur Zeit leben zwischen 40 und 100 Leute hier. Die Versorgung wird gemeinschaftlich organisiert. Belegte Brote und Getränke werden durch Spenden finanziert und auf Spendenbasis verkauft. In der zweiten Woche der Besetzung wurde für jeden Tag ein Auftakt- und Veranstaltungsprogramm erstellt. und organisiert.
Erster Höhepunkt dieser ersten selbstorganisierten Veranstaltungsreihe der Arena war ein Fest am 3.Juli, zu dem 10000 Besucher kamen. Um die Wiener Bevölkerung über das, was in der

'Arena' vorgeht, zu unterrichten, arbeitet man daran, eine eigene Zeitung herauszugeben. Die Schaffung dieses eigenen Informationsorgans wird immer dringlicher, da die Presse von einer Anfangs doch recht positiven Berichterstattung nun zu negativen, diffamierenden und verunglimpfenden Artikeln umschwenkt. Besonders hervorgetan hat sich hier die Zeitung der SPÖ. Am Sonntag, den 11.Juli berichtete sie unter der Überschrift „Deutsche Polit-Agitatoren bekamen in der Arena Prügel" von dem Gerücht, daß Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe im besetzten Gelände ihr Unwesen treiben. Wie die natürlich immer gut unterrichteten Kreise zu vermelden wußten, war die Arena bereits von starken Sicherheitskräften umstellt gewesen, bevor sich herausstellte, daß lediglich deutsche Politdemonstranten angereist waren. Die Polizei zog ab, weil, so diese Zeitung, die Jugendlichen den angereisten Politrockern eine Tracht Prügel verabreicht haben sollen. So wenig wahr der Artikel ist, so alt ist das Rezept, nach dem er gebraut worden ist. Wenn sich irgendwo was rührt und die Betroffenen ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen, dann wird das immer als das Werk angereister und womöglich unrasierter Berufsunruhestifter und Politrocker diffamiert.

Daß gerade die Zeitung der SPÖ in dieser beginnenden Diffamierungskampagne den Vorreiter spielt, ist wenig verwunderlich. Sie muß sich nämlich als die in Wien regierende Partei mit der Besetzung und den Besetzern auseinandersetzen. Die Stadt Wien ist die grundbuchmäßige Eigentümerin des Geländes. Der außergrundbuchmäßige Eigentümer ist die Wiebag und die Besitzer sind die Besetzer. Die am Aufkauf des Geländes interessierte Fa. 'Schöps' ist zunächst, obwohl sie sich in einer Fernsehdiskussion als rechtmäßige Eigentümerin bezeichnete, aus dem Rennen. Verhandelt wird nun zwischen den Besetzern und der Gemeinde Wien. Drei der vier Forderungen der Besetzer,seien, so die Gemeinde, zu verwirklichen. Das ist jedoch alles andere als eine verbindliche Zusage. Diese drei Forderungen sind:
1. Die Arena das ganze Jahr
2. Selbstverwaltung und
3. Finanzierung durch die Gemeinde.
Die vierte Forderung der Besetzer betrifft den Standort und lautet, die Arena muß im Schlachthof St.Marx bleiben.
Diese Forderung sei, so die Vizebürgermeisterin Sander, unerfüllbar.

So erfolgte dann auch am Samstag, den 10.Juli das Angebot, die Vorstellungen der Arena in einem anderen Gebäude zu verwirklichen. Dieses Gebäude ist jedoch, selbst nach den Aussagen eines von der Gemeinde bestellten Gutachters, zur Verwirklichung der oben genannten Ziele der Arena, völlig ungeeignet. Der Schlachthof St. Marx bleibt besetzt.

LÖHNE – FREIE ABTREIBUNG – ANTI-APARTHEID = 3 KRISEN DER REGIERUNG

HOLLAND (ID) 22.Juli Drei aktuelle Themen haben die holländische Regierung in den letzten Monaten fast scheitern lassen.

Die erste Regierungskrise entstand über die Abtreibungsfrage. Wie schon im ID Nr. 129/133 berichtet,hatte der christodemokratische Justizminister eine Abtreibungsklinik – den 'Blumenhof' – schließen wollen. Das ganze Parlament und auch die progressiven Minister waren dagegen.

Der Justizminister aber weigerte sich, der Kritik zu gehorchen. Trotzdem ist die Regierung nicht gestürzt. Das ist nur einem geschickten Trick zu verdanken. Wie sich später herausstellte, war der erste Minister, Joop den Qyl (Sozialdemokrat) mit dem Justizminister übereingekommen, daß die Klinik nicht geschlossen werden sollte, der Beschluß aber nicht bekannt gegeben wurde. So denkt jeder, daß die Klinik geschlossen wird, es passiert aber nichts und der Minister behält sein Gesicht.

Bevor wir jetzt zur zweiten Krise übergehen, erst mal einen Einblick in die Koalitionsregierung. Die jetzige Regierung ist aus vier Parteien zusammengestellt. Die Führung im Bunde haben die Sozialdemokraten. Dann kommen zwei konfessionelle Parteien: die Katholische Volkspartei und die protestantische Antirevolutionäre Partei (d. Anti-Revolutionäre im Namen stammt noch vom vorigen Jahrhundert, als sie sich energisch gegen die Ideen der französischen Revolution wandte). Und schließlich machen auch noch zwei kleine 'progressive' Parteien mit: die Politische Partei der Radikalen, eine Splittergruppe der Katholischen Volkspartei und die Partei 'Demokraten '66'. Die Sozialdemokratische Partei (Partij van de Arbeid) ist zur Zeit die grösste Partei. Dann kommen die erzreaktionären Liberalen, die jetzt in der Opposition sind. Dann die drei konfessionellen Parteien, die dabei sind, zusammen ein sogenanntes 'Christo-Demokratisches Appell" (CDA) zu errichten und damit wahrscheinlich die größte Partei im Lande zu werden. Dann folgen noch etwa 23 Parteien.

Die zweite Krise wurde ausgelöst durch die bevorstehende Lieferung eines Kernkraftwerkes an Südafrika. Der Auftrag sollte von einem internationalen Firmenkonsortium durchgeführt werden. Die christdemokratischen Minister waren für die Lieferung, während alle anderen Minister bis auf einen Sozialdemokraten dagegen waren. Es ging darum, daß die Regierung für eine holländische Firma des Konsortiums eine Bürgschaft übernehmen sollte. Die südafrikanischen Weißen haben dann den Auftrag an eine andere Firmengruppe gegeben, an der keine holländische Firma beteiligt ist.

Bei den beiden Krisen haben sich die christdemokratischen Minister dargestellt als Hüter der Moral und des freien Unternehmertums, als Schützer der Arbeitsplätze. Die Sozialdemokraten haben aus gutem Grund leisegetreten. Sie haben jetzt die nationalen Tarifverhandlungen zu bewältigen.
Die soziale und ökonomische Politik des Augenblicks heißt: Einschränkung der Staatsausgaben, um Milliarden für die Unternehmer bereit zu haben.

Das Kapital soll dazu gebracht werden, mehr zu investieren. Um das zu ermöglichen, müssen die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger (ungefähr 350 000 von 12 Millionen) „Opfer" bringen. Für die Arbeiter heißt das: die Löhne dürfen nicht steigen. Schon ungefähr drei Jahre lang regiert die Sozialdemokratie die Arbeiter mit Hilfe der 'Lohnmaßnahme'.
Das Parlament hat schon zweimal ein Gesetz verabschiedet,das der Regierung die Möglichkeit gibt, die Höhe der Löhne festzusetzen. Das heißt bis jetzt, die Lohnerhöhung beträgt Null.
Die Arbeiter werden mitschuldig und mitverantwortlich gemacht für die Krise des Kapitals. Die Gewerkschaften haben bis jetzt das Spiel ihrer 'sozialistischen Verbündeten' in der Regierung mitgemacht. Es gibt die FNV (Föderation Niederländischer Gewerkschaften), ein Bund der katholischen und der 'neutralen' sozialdemokratischen Gewerkschaft; die CNV (Protestantischer Gewerkschaftsverband), der nicht mit den anderen zusammenarbeitet und wesentlich kleiner ist. Als Gegenleistung für ihr Stillhalten in der Lohnfrage erwarten die Gewerkschaften Reformen auf dem Gebiet der Mitbestimmung und Investitionslenkung. Die Unternehmer zeigen aber in diesen Fragen kein Entgegenkommen.

Immer mehr Arbeiter weigern sich aber, mitzuspielen und auch in den Gewerkschaften gärt es. Was war passiert? Schon Ende Mai hatte ein Hafenarbeiterkomitee in Rotterdam einen Aufruf an die Hafenarbeiter herausgegeben, in dem zum Kampf um die Erhaltung des Reallohns aufgerufen wurde. Die 'Lohn-Maßnahme' (Lohnleitlinie) sieht eine halbjährliche Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise vor. Das hat zur Folge,daß der Reallohn sinkt. Am 19.Mai haben 1600 Hafenarbeiter in Rotterdam für einen Nachmittag die Arbeit liegen lassen. Sie Forderten „Sofortigen Ausgleich der stark gestiegenen Preise".

Der SVZ (Unternehmerverband der Hafenbetriebe) zu dem die Demonstration der Hafenarbeiter ging,verweigerte die Auszahlung mit der Begründung: „Die Lohnmaßnahme ist demokratisch zustandegekommen, wir nehmen an, daß eure Aktion gegen die Lage gerichtet ist und nicht gegen die SVZ." Damit hatten sie die Verantwortung weitergegeben in die Hände der sozialdemokratischen Regierung. Die gestreikten Stunden werden nicht ausgezahlt. Die Transportgewerkschaft FNV hat sich von der Aktion und vom Komitee distanziert. Das Komitee im Hafen nennt sich „Aktionskomitee Rotterdamer Hafenarbeiter zur Erhaltung der Kaufkraft" und hat in 18

großen Betrieben Unterstützungskomitees. Der Sprecher des Komitees ist ein KP-Mitglied, das auch im Rotterdamer Gemeinderat einen Sitz hat.

Die zweite Aktion gegen die Lohnpolitik der Regierung und Unternehmer folgte am 1.Juli (einige Tage bevor die Regierung die Lohnmaßnahme verlängert hat). Diese Aktion fand in den Häfen von Amsterdam und Rotterdam statt und war, so sagte die FNV-Transportgewerkschaft zusammen mit der FNV-Hafenbetriebsgruppe, als Protest gegen die fast sichere Verlängerung der Lohnmaßnahme gedacht. Die Gewerkschaften riefen die Arbeiter auf, wieder einen Nachmittag zu streiken. Und das passierte. Der Streik umfasste 10 000 Arbeiter in Rotterdam und 3 000 Arbeiter in Amsterdam. Fast alle Hafenbetriebe wurden bestreikt. Es schein wohl klar zu sein, daß die erste ‚wilde' Aktion vom ‚Kaufkraftskomitee' die Gewerkschaft zu dieser Aktion gebracht hat. Die protestantische CNV hat ihre Arbeiter aufgerufen, bei der Arbeit zu bleiben.

Übrigens ist vor einigen Tagen der Jahresbericht vom SVZ in der Presse erschienen,worin klar gesagt wird, daß die ökonomische Lage der Hafenbetriebe sich verbessert. Der Vorsitzende der SVZ rechnet mit Lohnaktionen, aber erwartet keinen großen Streik. Es ist kein Platz da für die Verbesserung der Löhne, meint er, weil die Konkurrenz das nicht gestattet.

Gleichzeitig berichtet er, daß die gleiche Menge Arbeit im Rotterdamer Hafen mit weniger Arbeitern gemacht wird: am 1.Januar 1975 waren im Außendiesnt der Hafenbetriebe 14.592 Arbeiter tätig und am 1.Juni 1976 ware es nur noch 13.271. Der Grund für diese Reduzierung sei, so meint die SVZ, in der weitgehenden Automatisierung und im Personalstop zu suchen. Die SVZ: „Ein gemäßigter Optimismus scheint gerechtfertigt". Die Sozialdemokratie fordert von den Arbeitern, daß sie einen Lohnstop aktzeptieren, damit die neuen Investitionen vom Staat unterstützt werden können, damit wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Diese Logik bei diesen Tatsachen!

Trotz der Aktion vom 1.Juli in den beiden großen Häfen unseres Landes hat die Regierung die Lohnmaßnahme am 3.Juli verlängert. Die Gewerkschaften beraten Aktionen und haben das Vertrauen in ihre n „sozialistischen Verbündeten in der Regierung" verloren. Aber Streiks sind nicht einkalkuliert, das haben die Gewerkschaften schon jetzt angekündigt,; die die Lohnmaßnahme Streiks verbietet. Es ist jetzt der 20.Juli und man kann noch nicht sagen, was passieren wird. Aber die Gewerkschaften stehen (mal wieder) zwischen zwei Feuern: Die Regierung und die Arbeiter.

GEMEINDERAT GEGEN SCHWULE: STADTPARK GESCHLOSSEN

NIMWEGEN (ID) 15.Juli In Nimwegen (Holland) hat der Gemeinderat beschlossen, einen Teil des Stadtparkes abzuschließen. Es handelt sich um ein kleines Tor im Park, das von einem Schloss Karls des Großen stammt und den offiziellen Status eines Monumentes hat. Der Grund, das Tor zu schließen, ist, daß da „Personen nachts und sogar tagsüber weniger gestattete Handlungen betreiben"; so lautet die Begründung vom Gemeinderat. Schon zwei Jahre zuvor hatte er eine öffentliche Toilette im selben Park aus gleichem Grund schließen lassen.

Die Schwulengruppe in Nimwegen hat sich in einem offenen Brief gegen die Schliessung des Tores beschwert und fragt, was „weniger gestattete Handlungen" sind. Sie werfen dem Gemeinderat vor, daß er die Schwulen aus dem öffentlichen Leben in ihr Ghetto vertreiben will. Die Antwort der Stadtverwaltung: die Schließung ist nicht gegen Schwule gerichtet, sondern gegen die Verschmutzung. Übrigens ist der Gemeinderat der Meinung, daß man intime Handlungen nicht im Park oder auf der Straße machen darf.

Schon ein Jahr zuvor (Mai 1975) hatte der Bürgermeister eine Straßenaktion der Schwulengruppe verboten, weil sie „die guten Sitten verletzte". Damals hat der Gemeinderat den Schwulen geraten, ihre Aktion in einem Saal zu machen, weil da „nur die Leute hinkommen, die mit der Homosexualität konfrontiert werden wollen". Als die Schwulen trotz des Verbotes die Strassenaktion gemacht haben, sind von der Polizei vier Schwule verhaftet und vom Richter zu Geldbußen verurteilt worden.

Die Schwulen planen, im Park alle Bänke und Bäume mit folgendem Text und rosa Winkel zu bemalen: „Für Schwule verboten".

TERROR IN DER TÜR KEI

ANKARA (ID) 6. Juli Aus der Zeitschrift „Politika" vom 30. Juni 1976 entnehmenwir den folgenden Artikel:

„Der Tod des Arbeiters Irfan Ala, der am Montag in Levent, einem Stadtteil Istanbuls,von der Polizei erschossen wurde, ist nur ein weiterer in der Serie der politischen Morde, „Mörder unbekannt."

Die 14monatige Regierungszeit der Nationalen Front wird in die Geschichte der Türkei als die Periode der blutigsten inneren Kämpfe eingehen. In den vergangenen 14 Monaten stieg die Zahl der politischen Morde, deren Täter meist nicht gefunden wurden, auf 67. Davon sind 50 Studenten, 6 Lehrer, 5 Arbeiter. Während bewaffneter Auseinandersetzungen wurden außerdem zwei Polizisten, zwei Wächter und zwei Gendarmen getötet."

Hinter dieser trockenen Information verbirgt sich der Terror, der zur Zeit in der Türkei vorallem in den Universitäten und neuerdings in den Schulen und auf den Straßen herrscht. Viele Studenten und Schüler waren während des Jahres 1975/76 aus Angst um ihr Leben nicht in der Lage, die Unterrichtsstätten zu besuchen. Ihre Zahl wurde Anfang Juni allein für Ankara auf 20.000 geschätzt.

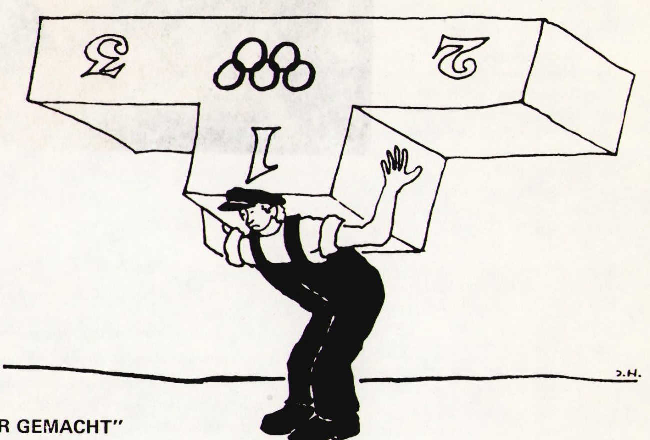
Die Universitäten stehen unter Polizei-„Schutz", d.h. strenge Ausweiskontrolle und Leibesvisitation am Eingang, das Patrouillieren von uniformiertenund zivilen Polizeisten auf dem gesamten Universitätsgelände. Viele Studentenheime sind in der Hand der faschistischen Kommandos bzw. werden immer wieder von diesen überfallen. Nach den Auseinandersetzungen mit den Kommandos, bei denen es meist Verwundete, sogar Tote gibt, und nach deren Verschwinden, greift die Polizei ein, durchsucht, beschlagnahmt Bücher und verhaftet auch nicht selteneinige Opfer der Überfälle.

Die Zahl der Verhafteten und politischen Gefangenen ist wohl kaum zu ermitteln, da man nie erfährt, wer nach Verhaftungen wieder freigelassen wird. Sie kann in die Tausende gehen.

Sicher ist, daß in türkischen Gefängnissen gefoltert wird. Schläge durch Polizisten sind üblich, mindestens ein Student starb daran. Daneben wird in guter türkischer Tradition die Bastonnade angewendet und mit Elektroschock, vielleicht noch Schlimmerem gefoltert.

Die Kommandos, deren Zahl auf 8.000 im gesamten Land geschätzt wird, stellen die Jugendorganisation der faschistischen Nationalen Aktionspartei dar. Ihr Führer ist stellvertretender Ministerpräsident in der Regierungskoalition Demirels. Die Kommandos arbeiten daher auch meist unter Polizeischutz, d.h. fast immer befindet sich die Polizei am Tatort, ohne einzugreifen. Die Täter sind, obwohl ihre Namen oft bekannt sind, unauffindbar. Es ist — nach eigenen Aussagen der Kommandos — zu erwarten, daß sie im Herbst ihre Aktionen ausdehnen und dann nicht mehr nur Studenten und Lehrpersonal, sondern auch demokratische Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens angreifen und ermorden.

Es ist zweifelhaft, ob der Faschismus in der Türkei noch aufgehalten werden kann, da ja auch das Ausland, die Regierung und das Kapital der BRD eingeschlossen, daran interessiert ist. Wir müssen die Öffentlichkeit über die wirkliche Lage in der Türkei aufklären. Unterstützt die demokratischen Kräfte in der Türkei und die demokratischen türkischen Arbeiter und Studenten in der BRD.



„DIE SPIELE NICHT FÜR DIE SPORTLER GEMACHT"

MONTREAL (ID)
7. Juli

Die in Toronto/Kanada 14tägig erscheinende Zeitschrift „Labor Challenge" veröffentlichte in ihrer jüngsten Ausgabe vom 5. Juli folgendes Interview mit dem kanadischen Leichtathleten Daniel Taillon, der an den olympischen „Spielen" teilnehmen will.

L.: Während sich die Olympischen Spiele 1976 nähern, hören wir ständig von dem „Olympischen Traum", der die Idee verkörpern soll, daß die Spiele den Sportlern dienen, indem sie ihnen die Möglichkeiten bieten,menschliche Leistungen im Sport zu demonstrieren. Was denkst du als teilnehmender Leichtathlet von den Montrealer Spielen?

Taillon: Ich glaube, die Spiele sind nicht für die Sportler gemacht. Der Athlet ist nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist der Olympische Traum, und zwar der Olympische Traum, der den Leuten angedreht wird, der den Sportlern selbst verkauft wird, damit sie an den Spielen teilnehmen. Der Sportler selbst ist nur das Mittel, die Spiele zu verkaufen, nicht das Ziel. Die Sportler sind nicht die wahren Nutznießer dieser Veranstaltung.

L.: Wer ist deiner Meinung nach der Hauptnutznießer, wenn es nicht die Athleten sind?

Taillon: Die Hauptnutznießer sind an erster Stelle die Unternehmen. Für die Konzerne ist die Olympiade eine riesige ökonomische Spritze in den Arm. Es hat nichts mit Sport zu tun. Und es gibt kein olympisches Ideal im wahren Sinn des Wortes. Ich glaube nicht, daß wir in der gegenwärtigen Gesellschaft überhaupt noch das olympische Ideal wieder entdecken können.

L.; Könntest du die Situation beschreiben, wie sie für die Sportler aussieht, die Unterstützung für ihr Training brauchen?

Taillon: Im allgemeinen erhalten die Athleten nur wenig Unterstützung von der Regierung. Das Wenige, das sie bekommen, reicht nicht aus, ihr tägliches Übungsprogramm zu finanzieren ... Während der letzten zwei Jahre haben einige Sportler aus Quebec Zuwendungen von der Provinzregierung erhalten, aber der Hauptgrund dafür war, daß die Olympischen Spiele in Montreal abgehalten werden.

Besonders die Anfänger, die sich noch keinen Namen gemacht haben, leiden unter den Folgen dieser inadäquaten Hilfe. Viele Athleten haben aus diesem Grund einfach aufgegeben, unter ihnen auch Sportler, die wahrscheinlich einen Platz unter den an den Spielen Teilnehmenden hätten einnehmen können. Andererseits aber erhalten die Leichtathleten, die eine gewisse Reputation haben, ihre Ausrüstung kostenlos von Adidas oder Puma, oder von anderen Sportunternehmen. Diese Athleten können viel leichter an Stipendien kommen. Sie werden viel öfter eingeladen, an Wettbewerben teilzunehmen, wobei sämtliche Auslagen bezahlt werden.

L.: Kannst du das Verhältnis zwischen den Unternehmen wie Adidas und Puma und den Sportlern bezeichnen?

Taillon: Der Sportler befindet sich wirklich in einem Dilemma. Wünscht er wirklich, den Sport fortzuführen, dann braucht er eine Menge Geld für Ausrüstung und Training. Hat er kein Geld, muß er daran arbeiten, sich Reputation zu verschaffen, die ihm gegenüber den Konzernen der Sportindustrie zu einer besseren Verkaufsposition verhilft. Die Konzerne werden ihm dann seine Ausrüstung finanzieren und dafür benutzen sie den Athleten als Werbeträger ihrer Produkte.

Momentan ist da eine große Schlacht imgange zwischen Adidas, Puma und anderen Herstellern von Sportausrüstungen um die Unterstützung der prestigegeladensten Sportler.

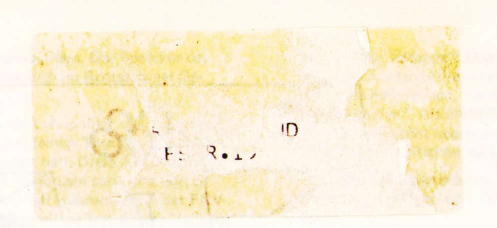
Auf der anderen Seite sind die Sportunternehmen nicht einmal die Hauptschuldigen an diesen olympischen Spielen. Was ist mit den Bauunternehmen, die von den olympischen Spielen und den Sportlern profitieren, indem sie Millionen von Dollar rausholen!

L.: Wenn du teilnimmst, fühlst du dich dann motiviert, durch eine Art kanadischen „nationalen Geistes" oder tust du es für dich selbst?

Taillon: Politische Überlegungen spielen gewiß eine Rolle bei internationalen Wettbewerben wie den olympischen Spielen. Aber es sind nicht die Sportler, die den nationalistischen Aspekt hineintragen. Ich werde nie denken, daß ich jemanden besiegen will, weil er ein Franzose oder ein Deutscher ist,und ich Kanadier bin. Ich nehme nur für mich selbst teil, gegen andere Individuen,die in meiner Disziplin wie ich einen gewissen Stand erreicht haben.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations–Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90



BERICHT AUS BONN

BONN (ID) 22. Juli — *Philisterpresident Milibinger vergreift sich am Wort:*

„Sehr geleertes hohles Haus! Herr Fressident!

Ich möchte noch einmal den Schandpunkt unserer Kartei beluglich des sogenannten „Besuchsverbotes" in der mir gebotenen Würze verklären. Für uns Mistdemokraten ist die reinheitlich-demagogische Pfundsordnung eine eilige Verrichtung, die es gilt mit allen Mitteln zu beleidigen!"
(seichter Reinfall bei CDU/CSU)
„Wir lassen es nicht zu, daß linkslapidare Exkremente alles unternehmen, unser aller Saat von der Angel zu heben! Nicht mit grunz! Nicht mit grunz! Denn wer nicht auf den Zoten des Bumsgesetzes steht, dem können wir nur zurufen: Keine Geilheit für die Feinde unserer Geilheit!"
(rasanter Beischlaf aus der Matte, unterkrochen von Ausrufen wie: „So isses! Schwer wahr!")

Zwar haben unsere Verfassungsschmutzorgane in dieser Richtung absolut Vorkindliches geleistet, allerdings ist dabei die Hundsrepublik, geschührt von linksspastischen Meisen im In- und Lausland, einer hodenlosen Programmstimmung ausgesetzt. Immer noch wird in unserer alten Verlegenheit herumgesüffelt, die wir doch alle längst gescheut haben. Als ob wir für alle Verbrechen aus dieser weinseligen Zeit die Versandordnung übernehmen müssten. Da kann ich nur sagen, mitvernichten, mitvernichten!

Verwiderwärtigen wir uns doch noch einmal der Vergreisung ungeschälter Landsläuse aus den Rostgebieten. Das darf doch nicht alles in Versessenheit geraten! In dieser Rache kann ich die Herrn von der sozial-technokratischen Fiktion von einer Mitschuld nicht freisprechen. Verinnerlicht sei hier nur an die sogenannte Verhöhnung mit dem Pfosten, die pathetische Mitverstimmung, die Verselbständigung der Produktionsmittel, der von ihnen ferngescheuerte Schundfunk und die Kontrakte unserer Gezwerkschaften mit dem köstlichen DFB. Sogar den Privatwitz greifen sie an! Das keucht doch alles auf Systemverlängerung hinaus!"
(emplößte Zwetschgenrufe von der SPD: „Kein Wort rar! Meuchler!")

Es wird mit Ausflug aus dem Krahl getobt. Gerissene Heißerkeit bei CDU /CSU. Es werden Anschläge gefällt, den Redner wegfahren zu lassen).

„Den Stuß meiner Fehde, sehr verkehrte Abwesende, möchte ich mit einem Auswurf des Vorgesetzten unserer Schluderpartei verenden lassen: Mehret die Anfänge! Wir sind wieder mehr!"
(tobender Ablauf von den hinteren Hängen und schlechts: „Heiter so! Heiter so! Gut gejagt!" Vermainzelte Muhrufe von der linken Schnecke.)